

UN1

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

8. März

work

Verstrahlt: Darum liebt Frankreichs Präsi die AKW so fest. Seite 15

Hurra! Die 13. AHV-Rente ist da!



Streik bei der Migros

Von wegen «soziales Kapital»: Die Migros verweigert Gespräche. Seite 5

Zwangsarbeit bei Bührle

Jetzt rechnen noch lebende Opfer ab mit dem Waffenhändler. Seiten 10–11

Faulheitskrach bei den Wirten

Alte Funktionäre beschimpfen junge Berufsleute, und die wehren sich. Alles zum Streit und ein work-Kommentar. Seiten 8–9

Der PK-Ausweis

Wie lesen Sie ihn richtig? work weiss Rat. Seiten 16–17

Der historische Abstimmungssonntag und seine Folgen.

Seiten 2–3



work edito
Anne-Sophie Zbinden

13 MAL GRANDIOS

Ja, sie können es, die linken und fortschrittlichen Kräfte in diesem Land: Ja zu einer 13. AHV-Rente, Ja zu einer sozialeren Schweiz! Das ist mindestens 13 x gut. Nämlich mega, grandios, wunderbar, historisch, deutlich, klar, konkret, überwältigend, unglaublich, phantastisch, sensationell, überraschend und erstaunlich. Letzteres vor allem für die Gegnerinnen und Gegner der Initiative. Wenn sich die Gemüter etwas abgekühlt haben, werden sie vielleicht sehen, was an diesem Abstimmungsresultat wirklich erstaunlich ist.

ERSTAUNEN I: Es geht um eine 13. AHV-Rente. Nicht mehr, aber natürlich auch nicht weniger. Bemerkenswert, dass sich die Wirtschaftsverbände und ihre Parteien so wahrnimmig dagegen sträubten, einen Schritt in Richtung Einhaltung der Verfassung zu tun, die eine Rente verlangt, die zum Leben reicht.

ERSTAUNEN II: Die Schweizer Stimmberechtigten haben zum ersten Mal eine Initiative angenommen, die ihren eigenen Interessen dient (wir erinnern uns nur ungern daran, dass wir 2012 gegen mehr Ferien für alle gestimmt haben, im «Interesse der Wirtschaft»). Dass dies als Egoismus abgetan wird, ist erstaunlich, wenn nicht sogar erbärmlich. Notabene von jenen, die an den schamlosen Bereicherungen in den Chefetagen nichts auszusetzen haben.

ERSTAUNEN III: Wieso genau wurden die Bürgerlichen derart von diesem Ja überrascht, so dass sie sich auch Tage danach noch nicht erholt haben? Sie hätten schon vor dem 3. März wissen können, dass sich das neoliberale Versprechen nicht erfüllt, wonach es allen bessergehe, wenn es nur den Reichen gutgeht.

ERSTAUNEN IV: Die NZZ sieht durch das Abstimmungsresultat den «stummen Pakt mit der Wirtschaft aufgelöst, der besagt, dass sich die Bevölkerung mit Forderungen an den Staat zurückhält, solange die Unternehmen ihre soziale Verantwortung übernehmen». Aber dieser Pakt, wenn es ihn denn je gab, wurde doch nicht erst am 3. März aufgelöst, und schon gar nicht von der Bevölkerung!

ERSTAUNEN V: Die Verliererinnen und Verlierer sind überzeugt, die Alten hätten über die Jungen bestimmt. Es war wohl eher die Grösse des Portemonnaies. Zum Beispiel: wuchtiges Nein im Steuerparadies Wollerau SZ, kräftiges Ja im Luzerner Vorort Emmen. Und natürlich ist der Volksentscheid auch ein Zeichen des Vertrauens von Jung und Alt in die AHV. Das muss sich bei der bröckelnden zweiten Säule erst noch zeigen.

ERSTAUNEN VI: Bei den jetzt heiss entbrannten Diskussionen über die Finanzierung kommen den Parteien rechts der Mitte plötzlich die Frauen, Familien und Jungen in den Sinn (wir erinnern uns nur ungern an den kurzen Moment, als die SVP die Rechte der Frauen entdeckte, weil es um die Einführung des Burkaverbots ging). Wo sind diese Parteien, wenn es um bezahlbare Kita-Plätze geht? Um Löhne, die für Familien zum Leben reichen? Um Stimmschaltalter 16?

Fakt ist: Der 3. März 2024 wird in die Geschichte eingehen als Tag des grossen Gewerkschaftsieges. Als Tag, an dem die Schweiz Ja sagte zum sozialen Fortschritt für den Mittelstand und für Geringverdienende, für die Jungen, für die Alten und besonders für die Frauen. Denn sie sind nach wie vor jene, die den Löwenanteil leisten an unbezahlter Betreuungsarbeit zugunsten von bezahlter Arbeit. Und deshalb umso mehr auf die AHV angewiesen sind.

Erstaunlich, dass dies auch im Jahr 2024 noch so ist. Dass Frauen in der Arbeitswelt noch immer mit Abwertungen und Belästigungen zu kämpfen haben (Seiten 7 und 9). Und bis in die 1970er Jahre zu Zwangsarbeit genötigt wurden, auch weil alle wegschauten (Seiten 10 und 11). Der 3. März war ganz besonders für die Frauen ein Freudentag. Aber am 8. März, dem Weltfrauentag, kämpfen wir weiter.



AHV-Abstimmung: Ein glasklares Ja zu einer sozialeren Schweiz

AH WOW! 13 x die AHV!

Ein Sieg, ein Fest, ein Freudentaumel: Fast 60 Prozent der Stimmberechtigten haben sich für die 13. AHV-Rente ausgesprochen. Jetzt dürfen sich die gegenwärtigen und die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner auf eine 13. AHV-Rente freuen.

Ja gesagt zur AHV-Initiative der Gewerkschaften. Jetzt dürfen sich die gegenwärtigen und die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner auf eine 13. AHV-Rente freuen.



«Die Schweizer Bevölkerung hat klar gezeigt, dass jetzt Schluss ist mit Sozialabbau. Im Gegenteil: was wir brauchen, ist eine solidarische Altersvorsorge.»

MIRJAM HOSTETMANN (24), STUDENTIN



«Super, wir haben gewonnen! Trotz diesen Märchen, die die Bürgerlichen erzählt haben. Die 13. AHV-Rente ist nicht nur für uns, die wir jetzt Renten beziehen, sondern auch für die Jungen, denn die jetzigen Jungen sind die zukünftigen Alten!»

KÖBI HAURI (72), RENTNER



«Ich freue mich riesig, dass wir als Gewerkschaften das Volk für die 13. AHV überzeugen konnten. Den Gegnerinnen und Gegnern ist es nicht gelungen, die Alten gegen die Jungen auszuspielen!»

URSULA MATTMANN (76), RENTNERIN



WAS LANGE WÄHRT: Die Idee einer 13. AHV-Rente brachten die Gewerkschaften bereits vor über 20 Jahren aufs Tapet. Und dem «Blick» schien der Vorschlag schon damals gefallen zu haben. FOTO: BLICK

Rentnerinnen und Rentner bekommen Dreizehnten...

... jetzt bezahlbare Krankenkassen

Über 58 Prozent der Stimmdenen sagten Ja zu einer 13. AHV-Rente. Der Ausbau der AHV ist historisch. Und er zeigt: Konkrete Lösungen für reale Probleme schlagen Finanzindustrie-Millionen und die bürgerliche Angstmacherei.

CLEMENS STUDER

Das deutliche Ja zum AHV-Ausbau ist den rechten Parteien und ihren Sponsoringen und Sponsoren aus der Finanzindustrie in die Knochen gefahren. Sie haben die Gewerkschaften unterschätzt. Und sie haben unterschätzt, wie ruiniert ihre Glaubwürdigkeit ist, wenn es um die wirtschaftliche Situation der Mehrheit in diesem Land geht. So sind wir jetzt Zeuginnen und Zeugen einer besonders hartnäckigen Form von Realitätsverweigerung bürgerlicher Politiker, Arbeitgebervertreterinnen und Aargauer und Zürcher Medienschaffenden. Sie wollen nicht begreifen, dass sie verloren haben. Sie können nicht fassen, dass die Stimmdenen ihrer Panikmache nicht geglaubt haben und auf ihre leeren Versprechen nicht hereingefallen sind. Bürgerliche Politikerinnen und Politiker drohen mit Verzögerungen und Rache-Finanzierungen. Die Nein-Kampagne-Medienporträtieren weinerliche junge FDPler, die es ob des gar schrecklichen Volksentscheids kaum mehr aus dem Bett und zur Arbeit schaffen.

Das Volk hat genug von Politik für die Superverdiener.

Dabei ist es ganz einfach: Nach Jahrzehnten Politik für die Superverdiener, die Konzerne und die sehr Vermögenden hat die Mehrheit des Volkes genug vom Mantra, dass es allen besser geht, wenn es den Reichen noch besser geht. Doch hinter dem Erfolg vom 3. März stecken auch über 20 Jahre Arbeiten und Dazulernen der Gewerkschaften. Im Oktober 2002 lancierte der SGB-Kongress die Idee einer 13. AHV-Rente. Auf Antrag des Schwei-

zerischen Eisenbahnverbandes (SEV). Eine Initiative wurde damals noch nicht geplant. Die Einschätzung war, dass dies zu lange dauern würde.

Die Initiative kam dann doch, weil sich die Lage der Rentnerinnen und Rentner vor allem wegen der bröckelnden Pensionskassenrenten immer mehr verschlechterte.

Die Initiative war ganz einfach:

- 1. Es wird eine 13. AHV-Rente ausbezahlt. Und 2. dies spätestens mit Beginn des zweiten Kalenderjahres nach der Annahme der Initiative. 3. Bestehende Ergänzungsleistungen und der Anspruch auf diese werden nicht tan-

lichen Mehrheit gezimmerte BVG-Reform, über die wir dank dem Referendum der Gewerkschaften voraussichtlich im Herbst abstimmen, würde die gleiche Arbeitnehmerin 34.10 Franken mehr kosten. Noch krasser sieht das Verhältnis bei niedrigeren Löhnen aus: Im Detailhandel beträgt der Medianlohn 4997 Franken. Die Verkäuferin kostet die 13. AHV-Rente rund 20 Franken im Monat. Bei einem von den Bürgerlichen gewünschten Ja zur BVG-Reform hat sie Monat für Monat 65.75 Franken weniger im Portemonnaie – für eine sinkende Rente. Wer jetzt also Stimmung macht gegen Lohnbeiträge im Promillebereich, muss dann in einem knappen halben Jahr extrem wenig bis windig sein, wenn es um Maxi-Abzüge für Mini-Renten geht.

Übrigens: Der Gewerkschaftsbund hat ausgerechnet, dass die Lohnbeiträge an die Sozialversicherungen in den nächsten Jahren insgesamt so stark sinken werden, dass Werkstätige im Portemonnaie von den höheren AHV-Beiträgen gar nichts merken werden. SGB-Chefökonom Daniel Lampart hat die Zahlen in seiner work-Kolumne bereits im Februar detailliert vorgestellt (rebrand.ly/sozialbeitraege).

ES GEHT GANZ KONKRET WEITER

Mit der Annahme der 13. AHV-Rente wird die Kaufkraftkrise der Älteren entschärft. Das ist ein erster, wichtiger Schritt hin zu einer sozialeren Schweiz. Und bereits im Juni können wir einen weiteren Schritt machen. Dann kommt die von den Gewerkschaften unterstützte Prämienverbilligungsinitiative der SP zur Abstimmung. Sie ist genauso einfach und konkret wie die AHV x13-Initiative: Niemand soll mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Das wäre ein massiver Schritt für alle Normalverdienenden. Denn die Prämien sind im vergangenen Vierteljahrhundert um 158 Prozent teurer geworden, die Löhne aber nur um 12 Prozent gestiegen. Die bürgerlichen Parteien werden auch auf diese Abstimmung hin wieder die Millionen der Banken und Versicherungen aufsuchen haben und die Zürcher und Aargauer Verlagshäuser an ihrer Seite. Doch der Erfolg der AHV x13-Initiative zeigt: Die Mehrheit sagt Ja zu konkreten Lösungen für reale Probleme!

workzahl
25,3%
betrug die mickrige Zustimmung für die Renteninitiative der Jungfreisinnigen. Da sagten 1989 mit 35,6% sogar mehr Menschen Ja zur Abschaffung der Armee.

SIMPEL UND EINFACH

Dabei ist es ganz einfach: Nach Jahrzehnten Politik für die Superverdiener, die Konzerne und die sehr Vermögenden hat die Mehrheit des Volkes genug vom Mantra, dass es allen besser geht, wenn es den Reichen noch besser geht. Doch hinter dem Erfolg vom 3. März stecken auch über 20 Jahre Arbeiten und Dazulernen der Gewerkschaften. Im Oktober 2002 lancierte der SGB-Kongress die Idee einer 13. AHV-Rente. Auf Antrag des Schwei-

Demo in Bern als Zeichen der Solidarität Zwei Jahre Krieg in der Ukraine

Seit zwei Jahren führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Am Jahrestag gingen die Menschen auf die Strasse – mit klaren Forderungen an die Politik.

Am zweiten Jahrestag des Angriffs Russlands auf die Ukraine demonstrierten über tausend Menschen auf dem Bundesplatz. Die Solidaritätskundgebung in Bern fand unter dem Motto «Helfen wir der Ukraine, die europäische Friedensordnung zu verteidigen! Zeigt eure Solidarität!»

statt. Die Demonstrantinnen und Demonstranten fordern von der Schweizer Politik, dass sie die Ukraine weiterhin humanitär unterstützt sowie finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau. Auch bei der Umsetzung der Sanktionen gegen Russland stehe die Schweiz in einer besonderen Verantwortung, sagte Balthasar Glättli, Präsident der Grünen Partei. Die Schweiz habe sich in der Vergangenheit zum «Hort von Oligarchen» und zur «Drehscheibe von russischem Öl» gemacht.



TRAURIGER JAHRESTAG: Die Demonstrantinnen und Demonstranten fordern auf dem Bundesplatz Hilfe für die Ukraine. FOTO: KEYSTONE

Gaskraftwerk in Birr für illegal erklärt

ST. GALLEN. Der Bundesrat hat die Betriebsbewilligung für das Gaskraftwerk in Birr AG zu Unrecht erteilt. Zu diesem Schluss kommt das Bundesverwaltungsgericht. Laut dem Gericht bestand im Winter 2022/2023 keine schwere Mangellage, was die gesetzliche Voraussetzung für den Betrieb des Notreservekraftwerkes wäre. Der Prozess wurde aufgrund der Beschwerde einer Anwohnerin ins Rollen gebracht. Klimastreik Schweiz fordert vom Bundesrat nun den Rückbau des klimaschädlichen Kraftwerks.

Neuer Angriff auf den Gesundheitsschutz

Homeoffice hat in den Zeiten der Pandemie ein bisher nicht gekanntes Ausmass angenommen. Und das «Arbeiten zu Hause» bleibt ein Thema. Darum nehmen es jetzt die bürgerlichen Parteien zum Anlass, einen neuen Frontalangriff auf das Arbeitsgesetz zu lancieren. Den Bürgerlichen und den Wirtschaftsverbänden passt es nicht, wenn Lohnabhängige durch Gesetze geschützt sind. Selbst der im internationalen Vergleich schwache Gesundheitsschutz der Arbeitnehmenden in der Schweiz ist ihnen ein Dorn im Auge. Darum ist ihnen kein Thema zu fern, um damit das Arbeitsgesetz anzugreifen. Nach Digitalisierung, Firmen Gründungen, Fachkräftemangel, Einkaufen im Internet, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einer Energiemangellage ist jetzt das Homeoffice an der Reihe. Diesmal haben sich SVP, FDP, GLP und Mitte nicht einmal die Mühe eines neuen Vorstosses gemacht. Die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrates hat nämlich einfach einen acht Jahre

Klares Votum der Stimmbevölkerung Auch das Wallis will nicht länger shoppen



ABFUHR: Das Wallis lehnt längere Ladenöffnungszeiten ab. FOTO: KEYSTONE

Längere Ladenöffnungszeiten sind ein Fetisch der Gewerbeverbände. Doch beim Stimmvolk mässig erfolgreich. Das neuste Beispiel kommt aus dem Wallis. Die rechten Parteien wollten die Öffnungszeiten unter der Woche um 30 Minuten verlängern und die «Tourismuszonen» vergrössern, in denen Läden 365 Tage im Jahr bis 21 Uhr geöffnet sein dürfen. Am 3. März wollten 64,8 Prozent der Stimmenden davon nichts wissen. Die Walliserin-

nen und Walliser sind damit kein Sonderfall. Denn trotz angeblich überwältigendem Bedürfnis der Bevölkerung lehnte ebendiese in den vergangenen 17 Jahren über 70 Prozent der «Liberalisierungs»-Vorlagen ab, wenn diese an die Urne kamen. Darum versuchen die Wirtschaftsverbände über ihre Politikerinnen und Politiker in Bundesbern immer wieder, die Schranken des Verkaufenden-Schutzes auf nationaler Ebene niederzureissen. Auf Wunsch rechter Kantonsregierungen sollen jetzt auf Bundesebene auf dem Verordnungsweg absurd grosse «städtische Tourismusquartiere» definiert werden, womit zum Beispiel die Kernstädte etwa von Zürich, Bern, Basel und Luzern zum 7-Tage-Shoppingcenter umfunktioniert würden. Zur Verordnung hätte das Volk nichts zu sagen.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/wallis)
rebrand.ly/wallis

alten Vorstoss des jetzigen FDP-Präsidenten Thierry Burkart aus der Schublade geholt, mal kurz den Staub weggeblasen und die parlamentarische Initiative zustimmend in den Rat geschickt. Kommt sie durch das Parlament, würde der arbeitsrechtliche Schutz im Homeoffice praktisch abgeschafft. Und nicht nur dort.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/angriff-arbeitsgesetz)
rebrand.ly/angriff-arbeitsgesetz



IM CLINCH: Die Gewerkschaften CGT und Cfdt mit ihren Präsidentinnen Sophie Binet (links) und Marylise Léon (rechts). MONTAGE: NINOTCHKA.CH

Mit Gleichstellungsartikel gegen Frauen Eine echte Elsässer Eselei

Die französische Gewerkschaft Cfdt, die sich gerne modern gibt, war schon immer ein Bremsklotz für den sozialen Fortschritt. So auch jüngst mit einer Klage gegen die Wahl einer Frau in die Personalkommission des Reiseunternehmens Antoni Voyage: Die Cfdt wendete einen Gleichstellungsartikel, der eigentlich der Förderung der Frauen dienen soll, gegen eine

von der Mehrheit des Personals gewählte Frau der Gewerkschaft CGT an. So hat die Cfdt die Wahl vorerst mit einem Gerichtsurteil verhindert. Die Kandidatin des CGT wird bei der nächsten Wahl aber erneut antreten.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/gleichstellung)
rebrand.ly/gleichstellung

Besserer Gebäudehüllen-GAV

Alle Dachdecker, Abdichterinnen und Fassadenbauer bekommen mindestens 100 Franken mehr Lohn, 2 Franken mehr Mittagzulagen und 1 Tag mehr Ferien. Das garantiert der neu ausgehandelte Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Gebäudehülle, der seit dem 1. Januar für die gesamte Branche gilt. Seit 1. März sind auch die Lohnerhöhungen allgemeinverbindlich. In Zeiten der Inflation besonders nützlich: Der automatische Teuerungsausgleich ist neu für alle Mindest- und Effektivlöhne obligatorisch. Fortschritte gibt es ausserdem bei den Mindestlöhnen (auch bei jenen der Lernenden!), bei der Krankentaggeldregelung sowie bei der Teilzeitarbeit. Einziger Wermutstropfen ist die Einführung eines zusätzlichen (unbezahlten) Karenztags für Erkrankte.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/dachdecker-gav)
rebrand.ly/dachdecker-gav

Klimafonds-Initiative eingereicht

BERN. Die SP und die Grünen haben Ende Februar die Klimafonds-Initiative eingereicht. Diese fordert, dass der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die ökologische Erneuerung der Schweiz investiert. Mit diesem Geld können grossflächig Solarpanels installiert, Gebäudesanierungen vorangetrieben und der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Auch die Unia unterstützt die Klimafonds-Initiative, weil sie die Umwelt schützt, die soziale Gerechtigkeit stärkt und gute Jobs schafft.

work im Web: So finden Sie uns!



Neu finden Sie täglich neue Artikel auf www.workzeitung.ch auf Ihrem Computer, Tablet oder Handy. Auf Ihrem Handy-Bildschirm können Sie einen direkten Link erstellen, work erscheint dann so wie in einer App. Und so geht's: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.). Für I-Phone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm». Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.



Unser Facebook-Kanal: work finden Sie auch auf Facebook. Täglich halten wir auf unserem Kanal unsere Leserschaft auf dem Laufenden. Sie finden uns unter dem Namen «work – die Zeitung der Gewerkschaft». Drücken Sie auf der Startseite das «Gefällt mir»-Symbol, spielt es in Zukunft work-Beiträge auf Ihre Facebook-Startseite.



Unser Instagram-Profil: Hier sind wir unter dem Namen @workzeitung zu finden. Auf Instagram teilen wir Beiträge zu aktuellen work-Artikeln, geben Veranstaltungstipps und berichten mit Fotos und Videos direkt von Demos oder anderen Aktionen.

Malerinnen und Gipser fordern!

Bald beginnen die Verhandlungen für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) im Maler- und Gipsergewerbe Deutschschweiz, Jura und Tessin. Das ist die Gelegenheit, Verbesserungen zu erreichen! Solche sind dringend nötig. Etwa bei den Ferien: Die meisten Gipserinnen und Maler haben nur gerade 22 Tage zugute! Oder bei der Reisezeit von der Bude zur Baustelle: Noch immer müssen 30 Minuten gratis gefahren werden – jeden Tag! Die in der Unia organisierten Berufsleute haben deshalb eine Petition zuhanden des Arbeitgeberverbands lanciert. Sie fordert mehr Lohn und Ferien, voll bezahlte Reisezeit, einen besseren Kündigungsschutz für Ältere, einen attraktiven Mindestlohn sowie einen Dreizehnten auch für Lernende.

Jetzt unterschreiben unter:
rebrand.ly/MaGi-Petition

Unia-Atici bald Jans-Nachfolger?

BASEL. Er ist der Kebap-Pionier Basels, war Nationalrat und hatte noch vor kurzem Bundesratsambitionen. Doch jetzt ist Mustafa Atici (53) drauf und dran, einen Regierungssitz in Basel-Stadt zu erobern. Es geht um den von Neo-Bundesrat Beat Jans freigemachten Platz. Im ersten Wahlgang vom 3. März erreichte zwar niemand das absolute Mehr, aber Atici holte klar das beste Resultat. Und da im zweiten Wahlgang der grüne Konkurrent nicht mehr antritt, wird SP-Mann Atici seine Stimmen erben und damit den FDP-Kandidaten locker schlagen. Vom Gaga-Rechtsextrimesten Eric Weber ganz zu schweigen. Und wer weiss: Vielleicht reicht es dem gebürtigen Kurden und studierten Industrieingenieur sogar für den direkten Sprung ins Regierungspräsidium! Atici wäre der erste Basler Regierungschef mit Migrationsgeschichte. Und wohl der erste Gewerkschafter auf diesem Posten. Der Kebap-Unternehmer ist nämlich nicht nur Mitglied des Basler Gewerbe-

bands sondern auch der Unia! Der 7. April wird es zeigen.

Hungerlohn für Zalando-Retouren

NEUENDORF SO. Mehrere Monate lang haben die 300 Logistikerinnen und Logistiker von CEVA Logistics für bessere Löhne gekämpft. Mit Briefen und einer Protestaktion forderten sie eine Erhöhung der Tiefstlöhne von weniger als 3500 Franken. Im Dezember sicherte die Firma eine Lohnerhöhung von zwei Prozent zu. Doch bisher haben die Arbeiterinnen und Arbeiter nichts davon gesehen und müssen die Zalando-Retouren weiterhin zu Hungerlöhnen verarbeiten. Die Unia fordert CEVA auf, ihr Versprechen zu halten und mit der Gewerkschaft über Verbesserungen zu verhandeln.

Die Pflege aus Sicht der Pflegenden



MANGEL: Pflegende haben selten Zeit für Gespräche. FOTO: KEYSTONE

Eine wissenschaftliche Studie untersucht erstmals die Perspektive der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Langzeitpflege. Zeitmangel gehört zu den Problemen, mit denen die Pflegenden am meisten zu kämpfen haben. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Stimmen der Pflegenden viel zu wenig gehört würden, dass dies ein wichtiger Grund für die verbreitete Unzufriedenheit des Personals sei und dass sich viele Pflegerinnen und Pfleger einen anderen Job suchten.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/pflegestudie)
rebrand.ly/pflegestudie



LAUTSTARK: Micarna-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter protestieren vor einer Migros-Filiale in Lausanne. FOTO: KEYSTONE

Im Streik: Búezerinnen und Búezer bieten Micarna die Stirn

Die Migros-Sauerei!

Seit Tagen streikt die Belegschaft von Micarna in Ecublens VD. Weil die Migros die Fleischfabrik schliessen und die Arbeitenden billig schassen will. Jetzt schickt der orange Riese auch noch illegale Streikbrecher!

IWAN SCHAUWECKER

Im Morgengrauen des 29. Februars trifft sich die komplette Belegschaft der Fleischfabrik in Ecublens VD zu einer ausserordentlichen Betriebsversammlung. Und beschliesst einstimmig: Wir streiken! Denn der Micarna-Betrieb in der Nähe von Lausanne soll im Frühling 2025 geschlossen werden. Die 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen dabei auf der Strasse landen – und zwar ohne einen Sozialplan, der diesen Namen verdient. So zumindest plant es offenbar die Migros. Doch der orange Riese hat die Rechnung ohne seine Belegschaft gemacht.

Micarna-Arbeiter André Malani* sagt: «Wir fordern nur, dass die Geschäftsleitung unsere Delegation empfängt.» Und weiter: «Sie werden einlenken, nur Dumme ändern ihre Meinung nicht.»

NULL DIALOGBEREITSCHAFT

Doch bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung (5. März) hat Micarna die Meinung nicht geändert. Im Gegenteil: Die Migros-Tochter will ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sogar den genauen Inhalt des bisherigen Sozialplans verschweigen! Eine der Unia zugetragene Version sieht jedenfalls schäbig aus und unterschreitet die Mindestforderungen der Streikenden massiv (rebrand.ly/micarna). Zudem weigert sich die Geschäftsleitung stur, mit der Unia an den Tisch zu sitzen. Obwohl die Gewerkschaft von allen Streikenden das Verhandlungsmandat erhalten hat!

Migros-Sprecherin Carmen Hefti bestätigt gegenüber work, dass die Migros nicht beabsichtige, mit der Unia zu verhandeln: «Die Verhandlungen führen wir mit unseren langjähri-



SOLIDARISCH: Unia-Präsidentin Vania Alleva besucht die Streikenden vor der Fleischfabrik in Ecublens VD. FOTO: UNIA

gen Sozialpartnern.» Heisst, mit dem braven Kaufmännischen Verband (KV), dem noch braveren Metzgereipersonal-Verband (MPV) und der hauseigenen Landeskommission der Migros-Gruppe (LAKO). «Die Gespräche verlaufen stets sehr konstruktiv und mit grosser Rücksichtnahme auf unsere Belegschaft», beteuert Hefti weiter. Alles andere als «konstruktiv» zeigten sich diese «langjährigen Sozialpartner» gegenüber den Streikenden. In einer empörten Medienmitteilung forderten der KV und der MPV den sofortigen Abbruch des Streiks. Dieser untergrabe nichts weniger als «den sozialen Frieden in der Schweiz».

PROTEST IN LAUSANNE

Angesichts dieser heftigen Dynamik hat sich längst auch Unia-Präsidentin Vania Alleva eingeschaltet. Sie sagt: «Es ist unglaublich, mit welcher Verachtung die Migros ihren Mitarbeitenden begegnet.» Alleva besuchte die Streikenden und war auch bei einer Protestaktion vor einem Lausanner Shoppingcenter dabei. Dort sagte sie: «Wir erwarten, dass die Migros an den Verhandlungstisch kommt und sich nicht wie ein unsozialer, internationaler Grosskonzern verhält.»

Die langjährige Mitarbeiterin Isabelle Ramirez* ist ebenfalls enttäuscht von der Migros: «Ich arbeite seit 30 Jahren hier. Wo soll ich in meinem Alter Arbeit finden? Ich verlange nur einen akzeptablen Arbeitsplatz. Die Migros ist gross. Sie helfen uns jedoch nur bei unseren Lebensläufen und Bewerbungsschreiben.» Und für Micarna-Arbeiterin Lara Miraud* ist klar, dass die Migros Jobalternativen in der Region anbieten muss: «Ich mag meine Arbeit, aber

ich gehe nicht nach Freiburg, Neuenburg oder Schönbühl. Mein Leben ist hier.»

TEMPORÄRE ALS STREIKBRECHER

Die Streikenden lassen sich nicht beirren. Sie verlangen inzwischen nicht nur Verhandlungen, sondern wollen auch verhindern, dass temporär angestellte Streikbrecher die Fleischverarbeitung übernehmen. Der Einsatz von temporär Beschäftigten (siehe Box) bei einem Streik ist verboten. So steht es im Personalverleih-GAV. Arnaud Bouverat, Regionalsekretär der Unia Waadt, hat deshalb ein Verfahren bei der Paritätischen Kommission eingeleitet. Die streikenden Angestellten verlangen auch, dass sich Micarna schriftlich dazu verpflichtet, keine Strafmassnahmen gegen sie zu ergreifen. Insbesondere die Temporären unter den Streikenden sind ins Visier der Geschäftsleitung geraten. Übers Wochenende wurden etliche von ihnen angerufen und eingeschüchert. Das ist nicht der einzige Gesetzesverstoss.

REGELBRÜCHE AM LAUFMETER

Laut der Waadtländer Unia hat Micarna die Standortschliessung nicht einmal ordnungsgemäss beim Kanton gemeldet. Micarna verstosst damit gegen die gesetzlichen Bestimmungen über Massenentlassungen. Auch andere arbeitsrechtliche Normen werden in der Fleischfabrik offenbar missachtet: Ein Arbeiter berichtete von Tagen, an denen bis zu 14 Stunden am Stück gearbeitet wurde! Mit ihrer Weigerung, das Mandat der Unia anzuerkennen, verletzt die Migros schliesslich die in der Bundesverfassung und im L-GAV der Migros-Gruppe garantierte Koalitionsfreiheit der Beschäftigten. Es bleibt also wieder mal an diesen, dem Konzern Mores zu lehren. Und an den Kundinnen und Kunden!

Streikbrecher: Von der aktenkundigen Firma

Micarna setzt in Ecublens auch auf Streikbrecher des Personalverleihers Valjob. Das Genfer Arbeitsgericht sprach die Temporärfirma letztes Jahr wegen einer missbräuchlichen Kündigung schuldig und rügte ihre Geschäftspraxis ganz grundsätzlich – und zwar als «mindestens fragwürdig».

BEKANNT. In der Valjob-Führung sitzt die Walliser alt CVP-Nationalrätin Monique Paccolat. work berichtete: rebrand.ly/urteil-valjob. (isc)

AHV-Sieg

«Rentenrevolution»

Der Abstimmungserfolg vom Sonntag, 3. März, fand in ganz Europa Beachtung. Die Presse kommentierte prägnant: «Rentenrevolution!» Und: «Deutlicher konnten die Eidgenossen fast nicht zeigen, dass in ihrem einst so sparsamen und wirtschaftsliberalen Land neue Zeiten angebrochen sind», schrieb die «Süddeutsche Zeitung» über den deutlichen AHV-Abstimmungserfolg des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.



Erne Europa

Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

FANAL. Dieser Abstimmungssieg ist tatsächlich revolutionär. Er ist ein Fanal für ganz Europa. Seit der globalen Finanzkrise von 2008 empfehlen die EU-Kommission und die EU-Finanzminister den EU-Staaten regelmässig antisoziale Rentenreformen. Seitdem versuchten fast alle europäischen Regierungen, das Rentenalter zu erhöhen. Zumeist

Fast alle Regierungen in Europa haben versucht, das Rentenalter zu erhöhen.

mit Erfolg. In Deutschland wird das Renteneintrittsalter stufenweise auf 67 Jahre erhöht. Dennoch kam es zu keiner breiten Gegenmobilisierung. Einerseits befürworteten leider auch deutsche Sozialdemokraten die Erhöhung des Rentenalters. Andererseits gelten Streiks gegen Rentenreformen in Deutschland als «politische Streiks», die nicht zulässig sind. Zudem gibt es in Deutschland nur auf regionaler und lokaler Ebene direktdemokratische Rechte, mit denen Gewerkschaften und soziale Bewegungen direkt in die Politik eingreifen können.

DEKRET. Das ist in Frankreich anders. 2023 führte die neoliberale Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron zu massiven Protesten (work berichtete: rebrand.ly/rentenklau-frankreich). Im Parlament bekämpften grüne und linke Abgeordnete Macrons Rentenreform, laut der künftig nur noch Beschäftigte mit 43 Beitragsjahren Anrecht auf eine volle Rente haben sollten. Doch Macrons Regierung verabschiedete die Reform per Dekret. Dies führte zu wochenlangen Massendemonstrationen und Streiks. Doch auch das reichte nicht aus, um Macrons antisoziale Rentenreform zu verhindern. Deshalb versuchten linke Abgeordnete und Gewerkschaften, sie mit direktdemokratischen Mitteln zu stoppen.

REFERENDUM. Seit 2013 können 20 Prozent aller nationalen Abgeordneten und 10 Prozent aller französischen Bürgerinnen und Bürger ein verbindliches Referendum verlangen. Doch auch dieser Versuch scheiterte, da das Verfassungsgericht die Unterschriftensammlung aus fadenscheinigen Gründen nicht zulässig. Die Zahlen aus den an Frankreich grenzenden Schweizer Kantonen lassen den wahren politischen Grund dafür erahnen. Im ganzen Jurabogen stimmten über 70 Prozent für die 13. AHV-Rente und über 80 Prozent gegen die Rentenaltererhöhung. Es ist deshalb kaum ein Zufall, dass die Umfragewerte für die neoliberale Partei Macrons derzeit bei mageren 19 Prozent liegen.

*Namen geändert

Die SNB braucht eine Chefin und neue Ziele – doch die Bürgerlichen haben andere Pläne Thomas Jordan, ein Mann unter Einfluss



«ZERSTÖRER»: So betitelte work Jordan, als er den Franken-Mindestkurs zum Euro kippte, was verheerende Folgen für den Arbeitsplatz Schweiz hatte. FOTO: WORK

Der Zerstörer Thomas Jordan geht ab. Höchste Zeit also, den Mythos Nationalbank zu knacken und zu entscheiden, wem sie dienen soll.

OLIVER FAHRNI

Der brave Thomas aus Biel darf gehen, mit 61 und noch vor Ende seiner Amtszeit bei der Nationalbank. Er hat seine Schuldigkeit getan. Die UBS ist endlich zur Monster-Monopolbank geworden, die sie schon immer sein wollte. Die Verwandlung der Schweiz zum «Alpen-Singapur» ist im Gang, Jordans brutal harter Franken hat Zehntausende von Industriearbeitsplätzen vernichtet oder verhindert. Und mit dem Verlust von 132,5 Milliarden Franken hat die SNB 2022 eine einsame Rekordmarke gelegt – adieu Auszahlungen an Bund und Kantone.

BÜRGERLICHE MÄRCHENSTUNDE

Alles gute Gründe für Neoliberale, Thomas Jordan als «erfolgreichsten Notenbanker der Welt» (Tamedia) zu feiern. Sie lassen keinen schlechten Faden an ihm. Eine gespenstische Märchenstunde: Jordan habe die Teuerung besiegt, jubeln sie. Egal, wenn dafür die Zahlen verbogen werden müssen. Die explodierenden Krankenkassenprämien (plus 13 Prozent 2022–2023, 2024 nochmals 8,7 Prozent) tauchen im «Warenkorb» der Teuerungsstatistiker gar nicht auf. Und die Last der Mieten, für die wir jedes Jahr mindestens 10 Milliarden zu viel bezahlen, haben Jordans Statistiker seit 2021 miraculös gesenkt – angeblich geben wir heute weniger als einen Fünftel unseres Budgets für die Miete aus.

Jordans Methode – hohe Zinsen und Frankenschock – freut zwar die Banken, würgt aber die Volkswirtschaft ab. Das Seco musste seine Prognosen Ende 2023 nach unten korrigieren. Doch die Inflation ist Jordans Obsession. Er ist Monetarist, Anhänger der Ideologie, allein die Geldmärkte sollten die Geschicke einer Nation steuern. Der Monetarismus ist wie der ganze Neoliberalismus längst an der Wirklichkeit gescheitert. So setzen etwa Steuersenkungen oder tiefe Zinsen keine Investitionen in Gang.

Doch was ist schon die ökonomische und soziale Realität gegen die Interessen des Kapitals? Jordan wusste,

Thomas Jordan ist zu einem Befehlsempfänger der Banken verkommen.

was er tat. Lange bevor er im Januar 2015 den Frankenmindestkurs von 1.20 zum Euro kippte, hatte er die verheerenden Folgen für die Arbeitsplätze in einem Papier detailliert beschrieben.

work nannte ihn damals «den Zerstörer» (der Arbeitsplätze). Das stimmte, war aber doch ein bisschen ungerecht, weil es den Mann überschätzte. Er handelte unter Einfluss.

BANK DER BANKEN

Die Bundesverfassung (Artikel 99) gibt der SNB den Auftrag, dem «Gesamteresse des Landes» zu dienen, unter «Aufsicht des Bundes». Gleichzeitig wird aber ihre «Unabhängigkeit» festgeschrieben. Das haben die Neoliberalen reingedrückt. Die «Unabhängigkeit» der Zentralbanken ist ihr heiliges Mantra. Damit entziehen sie die SNB dem Volkswillen. Sie wollen verhin-

dern, dass demokratische Entscheide die SNB steuern.

Weil sie das Geld «druckt», also immer flüssig ist (auch bei 132,5 Milliarden Verlust), wäre die SNB eigentlich ein mächtiges Instrument, die Zukunft der Schweiz zu finanzieren, etwa die überlebenswichtige Abkehr von fossilen Brennstoffen. Das dürfe nie geschehen, sagen die Bürgerlichen, als verkündeten sie ein ökonomisches Naturgesetz. Das für alle gelten soll, nur nicht für die Banken.

Die UBS wurde 2008 mit SNB-Geld gerettet, 2023 machten zahllose SNB-Milliarden die marode CS zum Geschenk für die UBS. Dazwischen federte die SNB, wie alle Zentralbanken, die immer häufiger auftretenden Krisen des Kapitalismus mit einer Schwemme von Gratisgeld ab. Unter Jordan verzehnfachte sich die Bilanz der SNB zur Billionenblase. Als er 2022 vom Gratisgeld zu steigenden Zinsen umschwenkte, verzinste er sofort die astronomischen Einlagen der Banken (die das Gratisgeld bei der SNB parkiert hatten, statt es zu investieren) – und schaufelte ihnen damit Dutzende von Milliarden Extra-profit zu.

So ist die SNB von der «Nationalbank» zur Bank der Banken verkommen, zum Kassenschrank des Finanzkapitals. Der vermeintlich so mächtige Jordan zu ihrem Befehlsempfänger.

Diese Abhängigkeit und die neue, nie diskutierte Rolle der Notenbank sind ein akutes Problem für die Demokratie, weil sie den Parlamenten die Wirtschafts- und Sozialpolitik aus der Hand schlagen.

Nun wollen Neoliberale das noch direkter gestalten: Sie lobbyieren dafür, den abtretenden Präsidenten gleich durch einen Privatbanker zu ersetzen.

Das Parlament ist drauf und dran, den Lärmschutz bei Wohnungen zu demontieren Ruhe für Reiche, Krach für die anderen?

Wird vielen lärmgeplagten Mietenden bald noch mehr Krach zugemutet? Gut möglich, denn still und leise sägt das Parlament in Bern am Lärmschutz.

RALPH HUG

Im vergangenen Dezember hiess der Ständerat einen Abbau beim Lärmschutz gut. Zwar dürfen Wohnbauten weiterhin nur bewilligt werden, wenn die Lärmgrenzwerte eingehalten werden. Doch künftig soll es genügen, wenn der Grenzwert nur noch in einem einzigen Raum am Fenster eingehalten wird («Lüftungsfenster», siehe Box). Bei kontrollierter Lüftung sollen sogar noch höhere Lärmwerte möglich sein, da hier ja die Fenster geschlossen sein sollten.

Sowohl der schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (MV) als auch die Lärmliga Schweiz schlagen jetzt Alarm.

Sogar vorzeitige Todesfälle kann Lärm verursachen.

«Die Auswirkungen sind immens», sagt Linda Rosenkranz, Generalsekretärin des MV, «sie würden zu einer massiven Einschränkung der Wohnqualität führen.» Die Lärmliga wirft dem Ständerat Kapitulation vor dem Lärmschutz vor. Jetzt ist der Nationalrat an der Behandlung des Geschäfts, Entscheide lagen bis Redaktionsschluss für diese work-Ausgabe noch keine vor.

OHREN ZU BEIM LÜFTEN

Während Reiche und Gutsituierte in ruhigen Quartieren mit viel Grün leben, müssen sich Wenigverdienende an verkehrsreichen Strassen die Ohren zuhalten, wenn sie lüften wollen. Das bleibt nicht ohne Folgen für die Gesundheit: Dauerhafter Lärm schädigt den Menschen erwiesenermassen. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz rechnen aufgrund von nationalen Studien vor, dass Gesundheitsschäden bereits ab 40 bis 45 Dezibel (dB) auftreten. Das ist noch unterhalb des geltenden Grenzwerts für Wohngebiete von 45 dB nachts und 55 dB am Tag. Solche Schäden treten an



ZWEI WELTEN: Wer es sich leisten kann, kauft sich ein Haus im Grünen und geniesst dort seine Ruhe. Für die anderen gilt die Devise: Ohren zu und durch! FOTOS: KEYSTONE

Herz, Kreislauf und Psyche zutage. Sogar vorzeitige Todesfälle seien möglich. «Lärm ist nachts speziell belastend, da wiederholtes Aufwachen die Erholungsphase beeinträchtigt», warnt die Vereinigung. Sie kritisiert zudem, dass die geltenden Lärmgrenzwerte zu hoch seien, da sie auf veralteten Grundlagen beruhen.

BUND WARNT

Pikant: Selbst der Bund, aber auch kantonale Fachstellen wie der Verein Cercle Bruit warnen ständig vor zu viel krankmachendem Lärm. Die Eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung will aufgrund neuer Erkenntnisse gewisse Immissionschutzgrenzwerte um etwa 3 dB erhöhen. Die Grenzwerte müssten für alle lärmempfindlichen Räume gelten, so das Gremium. Der Ständerat hat jetzt aber just das Gegenteil beschlossen. Er will den widerrechtlichen Zustand einfach legalisieren. Einen linksgrünen Kompromiss-



antrag, wonach die Hälfte der Wohnräume die Lärmgrenzwerte einhalten müssten, schmetterte der Ständerat ab.

TODESFÄLLE

Nicht weniger pikant: Bürgerliche rechtfertigen den geplanten Abbau ausgerechnet mit ökologischen Gründen. Die Verdichtung in Städten und Ortschaften sei nötig, sonst müssten die dringend nötigen neuen Wohnungen auf der grünen Wiese gebaut werden. So etwa der Appenzeller Mitte-Standesherr Daniel Fässler, der zu Hause am Säntis auf viele grüne Matten blicken kann. Da nützte die Warnung von Mietervertreter und MV-Präsident Carlo Sommaruga aus dem hochverdichteten Genf wenig. Er wies darauf hin, dass die Europäische Umweltagentur bereits von jährlich 10 000 vorzeitigen Todesfällen wegen zu hoher Lärmbelastung spricht.

LÄRMSCHUTZ: EIN NATIONALES TRAUERSPIEL

Der Schutz vor Lärm ist eines der grössten politischen Trauerspiele in der Schweiz. Seit 1987 müssen die Kantone lärmige Quellen beseitigen. Wenn das nicht möglich ist, muss saniert werden. Die Fristen wurden mehrmals verlängert, ohne grosse Wirkung. Die grösste Lärmquelle sind die Strassen, gefolgt von Bahn- und Flugverkehr. Die Kantone begnügten sich mit der Subventionierung von Lärmschutzfenstern und dem Bau von Schallschutzwänden.

GETRICKST. Und sie griffen zu Tricks, um in lärmbelasteten Gebieten trotzdem Wohnbauten bewilligen zu können: Wenn nur in einem «Lüftungsfenster» statt in der ganzen Wohnung der Grenzwert eingehalten wurde, wurde die Bewilligung erteilt. Ein Trick, den das Bundesgericht vor acht Jahren für unzulässig erklärte. Das Resultat: Heute sind mindestens 1,1 Millionen Menschen in ihren Wohnungen an stark befahrenen Strassen rechtswidrig übermässigem Lärm ausgesetzt. (rh)



FRAU AM STEUER: Buschauffeuse Tania Kaech und ihre Kolleginnen sind bei den Freiburgischen Verkehrsbetrieben in der Minderheit. FOTO: MARCO ZANONI

Busfahrerin Tania Kaech und ihre Kolleginnen werden auf der Arbeit fast täglich von Passagieren beschimpft

«Schlampe, Hure – das ganze Programm»

Busfahrerinnen erleben immer wieder Respektlosigkeiten. In Freiburg will eine Gruppe von ihnen das jetzt nicht mehr hinnehmen – und kann bereits einen Erfolg verbuchen.

CHRISTIAN EGG

Zum Glück gab es die Plexiglas-scheibe. Seit der Coronazeit trennt sie in den Bussen der Freiburgischen Verkehrsbetriebe (TPF) den Eingangsbereich und den Fahrersitz. Oder, im Fall von Tania Kaech, den Fahrerinnensitz. Ohne die Scheibe, sagt die 42-jährige, wäre es an jenem Tag noch schlimmer gekommen. Eine junge Studentin rastete im Bus aus und schrie die Chauffeuse an. «Dann kletterte sie hoch, beugte sich

«Der öffentliche Verkehr ist nach wie vor eine Männerwelt.»

GEWERKSCHAFTER MICHAEL SPAHR

über die Scheibe und boxte mich in den Arm.»

In den fünf Jahren, in denen Kaech ihren Bus durch den Freiburger Verkehr steuert, war dies zwar der schlimmste Übergriff. Aber bei weitem nicht der einzige. Verbale Attacken, etwa dass ein Fahrgast sie als «Schlampe» beschimpfte, das erlebe sie mittlerweile fast jeden Tag. Ein Typ habe sich geweigert einzusteigen, als er sah, dass eine Frau am



GEMEINSAM STARK: Die Chauffeusen in Freiburg haben sich zu einer Gruppe zusammengeschlossen und bereits erste Erfolge gefeiert. FOTO: SEV

Steuer sass. Ein anderer habe sich direkt hinter sie gesetzt und sie während der Fahrt eine halbe Stunde lang angepöbelt. «Arschloch, Hure und so weiter, das ganze Programm.»

GEGEN MACHO-MÄNNER

Nein, an solche Vorfälle wollten sie und ihre Kolleginnen sich nicht gewöhnen, sagt Kaech. Deshalb gründeten TPF-Fahrerinnen vor einem Jahr eine Frauengruppe, unterstützt von der Verkehrsgewerkschaft SEV. Auch deren Sprecher Michael Spahr macht sich Sorgen, denn Attacken und Beleidigungen gegenüber den Mitarbeitenden hätten stark zugenommen: «In der Coronakrise mit der Maskenpflicht im ÖV hat ein Dammbbruch stattgefunden. Die Betriebe sind jetzt gefordert, ihre Mitarbeitenden besser zu schützen.»

Tania Kaech sagt, an den Treffen in der Gruppe sei schon nur der regelmässige Austausch

sehr wertvoll: «Wir arbeiten ja alleine. Und wir starten alle von verschiedenen Depots, verteilt im ganzen Kanton. In der Gruppe spüre ich jetzt die Solidarität der anderen Frauen, das ist toll!»

Und nötig. Denn obwohl bei den TPF heute mehr Frauen am Steuer sitzen als noch vor ein paar Jahren: Kaech schätzt, dass sie erst etwa 10 Prozent des Fahrpersonals ausmachen. Damit liegt Freiburg hinter den Städten Bern und Zürich zurück, wo immerhin rund 20 Prozent der Trams und Busse von Frauen gelenkt werden. Michael Spahr vom SEV bestätigt: «Der öffentliche Verkehr ist in sehr vielen Bereichen nach wie vor eine Männerwelt. Für Frauen ist es nicht immer leicht, Gehör zu finden.»

ERFOLG AN DER WC-FRONT

An einem Ort haben dies die TPF-Frauen trotzdem bereits geschafft: im Pausenraum des Busbahnhofs in Freiburg. Dort gibt es zwar ein

Männer- und ein Frauen-WC. «Aber einige Männer foutierten sich darum und gingen zu den Frauen. Das fanden wir respektlos.» Die Frauengruppe intervenierte – und hatte Erfolg: Dank einem Badge können jetzt nur noch Frauen die Frauentoilette benutzen.

Ungelöst sei das WC-Problem dagegen während der Schichten, so Kaech. Weil der Verkehr stark zugenommen hat,

«Aus Angst vor Reklamationen verklemmen viele Kolleginnen den Gang auf die Toilette.»

TANIA KAECH, BUSFAHRERIN

kommen die Busse meist verspätet an der Endstation an. Damit entfällt die Lücke im Fahrplan von ein paar Minuten. «Aus Angst vor Reklamationen verklemmen viele Kolleginnen dann den Gang auf die Toilette, um die Verspätung wieder einzuholen. Oder sie trinken zu wenig, auch im Sommer.»

LASST SIE REKLAMIEREN!

An den Treffen macht Kaech den Frauen Mut. Lieber etwas Verspätung, sagt sie, anstatt die eigene Gesundheit aufs Spiel zu setzen. «Sollen die Fahrgäste nur reklamieren! Vielleicht braucht es das, damit sich etwas bessert.»

Kommt dazu: Auf dem Land gibt es an vielen Endstationen gar keine Toilette. Deshalb ist für Kaech klar: «Auch unsere Kollegen würden profitieren, wenn es überall eine Toilette hätte.»



Laura und die blauen Bäuche

Die Bundesrätin und Gegnerin der 13. AHV Elisabeth Baume-Schneider war kürzlich an einer Podiumsdiskussion in Zürich. Zusammen mit FDP-Vizepräsident Andri Silberschmidt, Befürworter der Erhöhung des Rentenalters. Gegen-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

wind brachte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard. Und ich? Ich stand draussen. Vor dem Eingang des Tamedia-Gebäudes, in dem diese Diskussion stattfand. Zusammen mit rund 25 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die meisten von ihnen schon im Rentenalter.

VOLL. Wir standen also da, hielten unsere Plakate, die roten AHV-Koffer und die selbstgemachten Banner hoch und verteilten Flyer. Wir erhielten Zustimmung oder kassierten einige verständnislose Blicke und energisches Kopfschütteln. Eine Frau in Blau stand vor uns hin und rief: «Also, ich bin dagegen!» Da kam aus unserer Gruppe eine ältere Kollegin nach vorne und antwortete ihr selbstsicher: «Sie haben wohl den Bauch schon voll!»

Damit hatte die Frau in Blau nicht gerechnet. Wer solle das denn finanzieren, fragte sie und verschwand ins Gebäude.

NICHTVOLL. Wir waren uns einig: Das war eine uncoole Reaktion. Zuerst die Meinung reinschreien und dann abhauen. Wir zogen noch eine halbe Stunde die Aufmerksamkeit des Sicherheitsdienstes auf uns, schliesslich war ja die Bundesrätin im Haus. Keine Ahnung, was die dachten. Dass wir mit den roten AHV-Kartoffeln rumschmeissen? Ansonsten verlief die Aktion ruhig und wunderbar, und wir gingen wieder zurück ins Unia-Gebäude. Die Antwort meiner Kollegin hallte noch am nächsten Tag in meinem Kopf nach. Der Bauch ist eben nicht bei allen voll. Einige der Kolleginnen und Kollegen arbeiten noch Teilzeit, um die Rente aufzubessern, obwohl sie schon ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Eine Generation, die sehr schlechte Arbeitsbedingungen erlebt hat. 260 000 Rentnerinnen und Rentner leben sogar unter dem Existenzminimum.

WUNDERVOLL! Was habe ich auf den Wahlsonntag hingefiebert, wir alle! Die Mühen meiner selbstbewussten, mutigen und starken Kolleginnen und Kollegen haben sich auszahlt. In den letzten Wochen haben wir ausdauernd und hartnäckig gekämpft. Diese Abstimmung war definitiv ein klares Zeichen. Wir wollen eine Veränderung, so dass alle den Bauch voll haben!



GEFÄHRLICHE NACHBARIN: Als Kind lebte Marcel Jann neben dem Eternit-Fabrikgelände in Niederurnen GL, wo Asbest verarbeitet und Eternitröhren unter freiem Himmel gelagert wurden. FOTO: KEYSTONE

Tödliche Faser: Gerichtshof für Menschenrechte fällt ein bahnbrechendes Urteil Asbest-Fälle verjähren nicht mehr

Endlich Genugtuung für die Opfer der tödlichen Asbestfasern und ihre Angehörigen: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die Schweiz und hebt für Asbestopfer die Verjährungsfrist auf.

Im Alter von acht Jahren zog Marcel Jann mit seinen Eltern in ein Haus in unmittelbarer Nähe des Eternit-Fabrikgeländes in Niederurnen GL. Dort lebte er von 1961 bis 1972. «Wir waren völlig ahnungslos», sagte Marcel Jann im Spitalbett kurz vor seinem Tod gegenüber SRF: Als Kind habe er mit den Eternitplatten gespielt, Blumentöpfe zerbrochen und

Als Kind hat Marcel Jann mit Asbestplatten gespielt und daraus Hütten gebaut.

Hütten aus den Asbestplatten gebaut. Sein Schlafzimmerfenster sei nur 50 Meter von der Fabrikhalle, wo Asbest verarbeitet wurde, entfernt gewesen (work berichtete: [rebrand.ly/asbest-opfer](https://www.rebrand.ly/asbest-opfer)).

JAHREHNTELANGER KAMPF Wie Tausende weitere Asbestopfer in der Schweiz starb Jann im Jahr 2006 einen frühzeitigen Tod durch Brustfellkrebs, hervorgerufen durch die hochgiftigen Asbestfasern. Die Witwe und der Sohn von Jann klagten nach seinem Tod gegen die Eternit (Schweiz) AG (heute Swisspearl), gegen die damaligen Eternit-Chefs Thomas und Stephan Schmidheiny und gegen die SBB. Diese hatte Säcke voller Asbest am Bahnhof vor Janns Haus deponiert. Die Klage wurde vom Glarner Kantonsgericht abgewiesen, weil der Fall verjährt sei.

Doch die Hinterbliebenen von Marcel Jann wollten nicht aufgeben. Zusammen mit ihrem Anwalt Martin Hablützel zog die Familie den Fall weiter vor Bundesgericht. Aber auch das Bundesgericht entschied, dass der Fall verjährt sei. Aus diesem Grund zog die Klägerfamilie den Fall weiter an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

«Das schweizerische Verjährungsrecht wird durch den Entscheid aus den Angeln gehoben.»

in Strassburg. Das Gericht hat die Schweiz jetzt wegen der Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren verurteilt und der Familie Jann recht gegeben. Der EGMR verweist darauf, dass asbestverursachte Krankheiten bis zu 45 Jahre nach dem Kontakt mit dem Material auftreten können – ohne dass Betroffene vorher von der Erkrankung wissen. Diese Tatsache müsse bei der Festlegung der Verjährungsfrist berücksichtigt werden. Zudem wurde die Schweiz für die überlange Verfahrensdauer verurteilt, weil das Bundesgericht den Fall während mehr als vier Jahren nicht behandelte. Der EGMR hat Janns Witwe und ihrem Sohn eine Genugtuung von 20.800 Franken zugesprochen. Und das Glarner Kantonsgericht wird den Fall nun neu aufrollen müssen.

EIN URTEIL MIT FOLGEN Der auf Haftpflicht und Versicherungen spezialisierte Anwalt Hablützel sieht in dem Entscheid eine Signalwirkung. Gegenüber SRF sagt er: «Das schweizerische Verjährungsrecht wird durch den Entscheid aus den Angeln gehoben.» Alle Menschen, die früher Asbest ausgesetzt waren und erst Jahrzehnte später daran erkrankten, könnten sich auf das Urteil berufen und vor Gericht klagen. Wer keinen Gerichtsprozess anstrebt, kann sich seit 2017 auch

Vermächtnis: Der Fall «Hans Moor»

Auch der Monteur Hans Moor starb im Jahr 2005 an den Folgen von Asbest. Seine Familie klagte ebenfalls vor dem EGMR und hat vor genau zehn Jahren, im März 2014, recht erhalten ([rebrand.ly/hans-moor](https://www.rebrand.ly/hans-moor)). Das Urteil des EGMR hatte weitreichende Folgen: Weil die Industrie weitere Klagen befürchtete, hat sie unter massgeblicher Mitwirkung von Unia-Co-Präsident Vasco Pedrina den Entschädigungsfonds für Asbestopfer eingerichtet.



KAMPF: Hans Moor und Renate Howald Moor erfuhren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Gerechtigkeit. Da war Hans Moor schon tot. FOTOS: SRF

beim Entschädigungsfonds für Asbestopfer melden und eine aussergerichtliche Entschädigung beantragen (work berichtete: [rebrand.ly/opfer-fonds](https://www.rebrand.ly/opfer-fonds)). Wie dieser Fonds in Zukunft finanziert werden soll, wird derzeit mit der Revision des Unfallversicherungssetzes geklärt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund unterstützt die Idee, den Fonds aus Ertragsüberschüssen der Unfallversicherung Suva zu finanzieren.

Während die Gastro-Chefs jammern, schufteten die Búezerinnen können wir uns nicht leisten!»

Der Bündner Hotelierpräsident Ernst Wyrtsch klagt öffentlich über die Jugend, die angeblich «verweicht» ist. work zeigt, wie der Arbeitsalltag von jungen Servicekräften tatsächlich aussieht.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Jungen von heute seien «empfindlich», «kränklich» und «verweicht», zudem «falsch erzogen». Diese hohen Töne spuckte der Bündner Hotelierpräsident Ernst Wyrtsch in einem Interview Ende Dezember mit der «Südschweiz». Laut Wyrtsch sind die Jungen heute weniger bereit, Widerstände zu überwinden und auch mal den unbequemen, steinigen Weg zu gehen. Dabei sei doch klar, dass es im Leben halt auch Unannehmlichkeiten gebe, «die man einfach aushalten muss». Dieser Frontalangriff auf junge Berufsleute im Gastgewerbe blieb nicht unkommentiert. Ende Januar erhielt Wyrtsch an der Delegiertenversammlung der Bündner Hoteliers die Quittung.

JUNGE HOTELIERS KONTERN Schon im Vorfeld war er vom Netzwerk der jungen Bündner Touristiker aufgefordert worden, auf der Bühne zu seinem Rundumschlag Stellung zu nehmen. Doch das kam für Wyrtsch nicht in Frage. Also nahmen die jungen Berufskolleginnen und -kollegen die Sache selbst in die Hand – und stürmten kurzerhand die Bühne! Das Wort ergriffen Jamie Rizzi, der 29-jährige stellvertretende Gastgeber im Hotel Schweizerhof in Lenzerheide, und vier weitere Kolleginnen: «Wir teilen Wyrtschs Kritik überhaupt nicht», stellten sie klar. Vielmehr forderten die Bühnenstürmer flexiblere Arbeitszeiten, flachere Hierarchien und mehr Wertschätzung. Der Vorfall zeigt klar: Die re-

formfaulen Gastrochefs stossen endlich auf Widerstand aus den eigenen Reihen. Aber wie steht's an der Front, bei den Búezerinnen und Búezern? work hat nachgefragt.

TÄGLICH 600 GÄSTE BEDIENEN Leonie Oeschger (24) arbeitet auf der Skihütte Paradiso in St. Moritz und hat von den Schlagzeilen nichts gelesen. Dafür hat sie aktuell keine Zeit. Denn sie und ihr Serviceteam befinden sich zurzeit mitten in der Hochsaison. Sie sagt: «Skiferien bedeutet für uns jeden Tag arbeiten – ohne grosse Auszeiten.» Und: «Wir können es uns gar nicht leisten, faul zu sein!» Über die Aussage von Wyrtsch kann die 24-jährige nur lachen. Von den höchsten Chefs sei man sich ja nichts anderes gewohnt.

Wie hart die Jungen auf der Skihütte arbeiten, zeigt das stressige Tagesprogramm: «Wir bedienen hier auf fast 2000 Höhenmetern pro Tag bis zu 600 Gäste. Täglich lege ich 24 000 Schritte zurück, das sind rund 14 Kilometer!» Zudem hilft die Belegschaft regelmässig im Hotelresort Badrutz aus.

Oeschger hat selbst Hotelmanagement studiert, will aber «nicht zur Sesselhockerin werden», wie sie sagt. Sondern die Realitäten in den Gastro- und Hotelbetrieben kennen. Das sei nämlich oft das Problem: «Viele Chefs vergessen, wie streng die Arbeit ist.» In der Skihütte arbeitet sie bereits die dritte Saison. Das Team, bestehend aus etwa 45 Personen, hat einen Altersdurchschnitt von Mitte zwanzig. Und für alle gilt das gleiche Regime. Oeschger sagt: «Unsere Tage dauern häufig bis zu zehn Stunden, und die Arbeit ist körperlich sehr anstrengend. Uns als faul zu betiteln ist total realitätsfern.»

VON OBEN HERAB «Diese Aussagen von Wyrtsch zeigen eine Grundignoranz von oben herab.» Das sagt Johanna Laube* zum

*Name geändert



UNTER VOLLDAMPF: Leonie Oeschger arbeitet im Service in einer Bündner Skihütte und kann über den Kommentar des Hotelierpräsidenten nur lachen. Von den höchsten Chefs sei man sich ja nichts anderes gewohnt. FOTO: ZVG

Kommentar des Bündner Hotelierpräsidenten. Die 29-jährige Zürcherin ist selbst seit fast 15 Jahren im Gastgewerbe tätig. Aktuell absolviert sie die Ausbildung zur Restaurantleiterin und führt zudem den Gastrobetrieb eines Hotels. Ausserdem engagiert sie sich im Gastrakollektiv, einer gewerkschaftlichen Gruppe von in der Gastronomie Arbeitenden. Diese Karriere sei alles andere als selbstverständlich, sagt Laube. Denn: «Für eine so schlechte Bezahlung und generell unflexible Arbeitszeiten sind heute immer weniger Leute bereit, so viel vom Leben aufzugeben.» Doch diese Probleme gibt es nicht erst seit gestern: «In der Branche fehlt es an Empathie, Geduld und Verständnis. Bei der Einarbeitungszeit und besonders bei Berufseinsteigerinnen brauchen wir dringend mehr Zeit.» Als Führungskraft sieht

an die Teuerung angepasst, aber für viele war's das! Wer bereits den Mindestlohn verdient, erhält keinen Rappen mehr. Die Forderungen sind deshalb klar: Mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und Belästigung bekämpfen.

Sexuelle Belästigung im Gastgewerbe: Die Betroffenen setzen sich zur Wehr «Ich bin nicht das Buffet!»

Die Gastro-Branche hat ein massives Problem mit sexueller Belästigung. Nun setzen die Beschäftigten am 8. März, dem Internationalen Frauentag, ein Zeichen dagegen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

In der Gastronomie- und Hotelierbranche gehören für Mitarbeitende sexuelle Belästigungen fast schon zur Tagesordnung. Bei work berichteten elf mutige Frauen über die Missstände an ihren Arbeitsplätzen. Sie sprachen über übergroße Kommentare und Berührungen von Gästen, Mitarbeitenden und sogar von ihren Vorgesetzten ([rebrand.ly/Klebsixisten-eine](https://www.rebrand.ly/Klebsixisten-eine)).

Die Gewerkschaft Unia geht jetzt dagegen vor. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, lanciert sie eine Sensibilisierungskampagne. Denn: Belästigung am Arbeitsplatz muss aufhören. Das fordern Beschäftigte aus dem Gastgewerbe am schweizerweiten Aktionstag. Dafür gehen sie in mehreren Städten auf die Strassen und organisieren Aktionen. Und es gibt eine Kleber-Offensive! Mit einem Stickerset können Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Betrieb als «belästigungsfreie Zone» markieren. Die Sticker können ab sofort gratis bestellt werden: [rebrand.ly/Klebsixisten-eine](https://www.rebrand.ly/Klebsixisten-eine).

Im Stickerset sind pointierte Sprüche abgedruckt, wie etwa: «Ich bin nicht das Buffet! Finger weg!» Einen schon etwas älteren, aber äusserst hilfreichen Unia-Ratgeber für Belästigte gibt es hier: [rebrand.ly/Belaestigung-am-Arbeitsplatz](https://www.rebrand.ly/Belaestigung-am-Arbeitsplatz). Und die von der Unia mitgegründete Plattform [belaestigt.ch](https://www.belaestigt.ch) bietet Tipps und Onlineberatungen – auch für Arbeitgeber.

an die Teuerung angepasst, aber für viele war's das! Wer bereits den Mindestlohn verdient, erhält keinen Rappen mehr. Die Forderungen sind deshalb klar: Mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und Belästigung bekämpfen.

Gastrosuisse: Coup Casimir gescheitert

In wenigen Monaten endet die dritte und letzte Amtszeit von Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer (62). Doch so einfach will der Berner Oberländer den Chefposten nicht räumen – auch nach neun Jahren nicht. Im vergangenen November mobilisierte er deshalb zu einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung – und plante einen Coup. Denn gemäss Statuten ist die Amtszeit von Vorstandsmitgliedern auf drei Amtsperioden à drei Jahre beschränkt.

VERTRÖDELT. In der Versammlung wollte sich der Vorstand eine vierte Amtszeit einräumen. Doch das Vorhaben scheiterte, die Mehrheit der Delegierten stimmte dagegen. Mit einer neuen Person an der Spitze von Gastrosuisse hoffen auch die Gewerkschaften auf frischen Wind. Denn Platzer vertritt die dringend nötige Erneuerung des Gastro-Gesamtarbeitsvertrags (L-GAV) – und zwar schon seit 2019! (dak)

Laube selbst, dass sich die Situation immer weiter zuspitzt. Geeignetes Personal zu finden werde immer schwieriger.

Kurzfristig müsse man sich für den Nachwuchs mehr Zeit nehmen, sagt Laube, doch langfristig ändere sich im Gastgewerbe nichts, solange die Arbeitsbedingungen nicht besser würden. «Wer sich für einen Gastrojob entscheidet, muss heute sein ganzes Leben umkrempeln.» Freie Abende und Wochenenden gebe es kaum noch. Das sei gerade für Jugendliche, die in den Beruf einsteigen, eine grosse Umstellung. Die Aussage von Wyrtsch komme deshalb zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Zumal: «Viele Berufsleute sind wegen des anhaltenden Personalmangels demotiviert und erschöpft.» Laubes Rat an Leute wie Wyrtsch ist daher simpel und klar: «Nicht jammern, sondern liefern! Und zwar endlich konkrete Verbesserungen der Arbeitszeiten, mehr Zeit und bessere Löhne!»

In der Branche fehlt es an Empathie.

Die Arbeitsbedingungen nicht besser würden. «Wer sich für einen Gastrojob entscheidet, muss heute sein ganzes Leben umkrempeln.» Freie Abende und Wochenenden gebe es kaum noch. Das sei gerade für Jugendliche, die in den Beruf einsteigen, eine grosse Umstellung. Die Aussage von Wyrtsch komme deshalb zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Zumal: «Viele Berufsleute sind wegen des anhaltenden Personalmangels demotiviert und erschöpft.» Laubes Rat an Leute wie Wyrtsch ist daher simpel und klar: «Nicht jammern, sondern liefern! Und zwar endlich konkrete Verbesserungen der Arbeitszeiten, mehr Zeit und bessere Löhne!»



WIR KÖNNEN ES NICHT MEHR HÖREN

Im Wochenturnus liefern die Medien immer dieselben Schlagzeilen. «Die faule Generation Z». Das SRF titelte kürzlich «Alt gegen Jung – Generation Z in Ver-ruf». Oder beim Onlineportal Nau heisst es aktuell: «Immer öfter krank: Professor

geht mit Gen Z hart ins Gericht». Und auch im Ausland geben sie keine Ruhe. Die «Süddeutsche Zeitung» gab sogar einen Ratgeber heraus: «Wie man die Gen Z zum Arbeiten bringt». Das geht schon Jahre so.

BRÜLENDE BOOMER. Zur Generation Z gehören Personen mit den Jahrgängen 1995 bis 2010. Viele von ihnen wagte gerade die ersten Schritte in die Arbeitswelt – sei es mit einer Berufslehre nach der Oberstufe, einem Praktikum nach dem Cymi oder dem ersten Job nach dem Ausbildungsabschluss. Es sind gesuchte Fachkräfte, denn an allen Ecken und Enden fehlt es an qualifizierten Mitarbeitenden. Doch statt sich zu freuen, dass eine motivierte Generation den Arbeitsmarkt auffrischt, gibt es nur Konter. Besonders laut brüllen die Boomer, also Angehörige der geburtenstarken Jahrgänge der fortschrittsverwöhnten Nachkriegszeit. Gerade die, die sich seit Jahren in ihren ergonomischen Bürostühlen auf den Teppichetagen eingenistet haben. Der Grund? Sie fühlen sich angegriffen. Und zwar von jungen Menschen, die den Arbeitsmarkt verändern wollen. Von jungen Menschen, die sich bessere Arbeitsbedingungen und mehr Flexibilität erkämpfen. Von jungen Menschen, die sich nicht scheuen, beim Chef an die Tür zu klopfen und Konflikte anzusprechen. Doch im öffentlichen Diskurs wird ein Generationenkonflikt heraufbeschworen. Und dieser ist mittlerweile so aufgepuscht, dass er zum Geschäft wird: Findige Start-ups gründen Agenturen, beraten Unternehmen und geben Bücher heraus. Immer mit dem Versprechen, das Geheimnis zu kennen, wie man dieser anspruchsvollen Generation doch noch Herr werde.

NICHT NOCH MAL. Schluss mit dem Quatsch! Junge Menschen mischen die Arbeitswelt auf, weil diese dringend menschenfreundlicher werden muss. Chrampfen bis zum Umfallen kommt schlicht nicht mehr in Frage – auch bei den jüngsten Arbeitskräften nicht. Viele aus der Generation Z kommen halt aus Haushalten, in denen die Eltern für alles zu wenig Zeit hatten. Und dieses Opfer wollen junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nochmals bringen. Und sowieso: Generationenkonflikte sind ein uraltes Rezept, um die Gesellschaft zu spalten. Ist ein Ende in Sicht? Nur bedingt. Denn bald stürzt sich die Medienlandschaft auf die Generation Alpha, also Kinder und Jugendliche mit Jahrgängen 2010 bis 2025. Die Vorurteile stehen längst bereit: Sie seien verwöhnt und dumm. Okay, Boomer!

Historikerin Sonja Matter über ein dunkles Kapitel der Schweizer Geschichte «Niemand hat sich für sie eingesetzt»

Bis in die 1970er Jahre mussten junge Frauen für Schweizer Fabrikherren Knochenarbeit leisten. Ohne Lohn, ohne Freizeit, ohne Freiheit. Sonja Matter ist Direktorin des «Historischen Lexikons der Schweiz» und hat über diese Zwangsarbeit geforscht

DARIJA KNEŽEVIĆ

work: Frau Matter, gab es in der Schweiz tatsächlich bis vor nicht einmal fünfzig Jahren Zwangsarbeit?

Sonja Matter: Ja, in der Tat gab es im 20. Jahrhundert Anstalten in der Schweiz, in denen administrativ versorgte Jugendliche und Erwachsene zur Arbeit gezwungen wurden. In mehreren solcher Heime lebten Mädchen und junge Frauen. Unter dem Deckmantel der «Erziehung» wurden sie zu harter Arbeit gezwungen, hatten kaum Freizeit und keine Freiheiten. Eine Lehre oder sonstige Ausbildung war nicht vorgesehen.

Wessen Töchter wurden in solche Heime gesteckt?

Die Behörden ordneten Fremdplatzierungen vor allem bei Familien der sozialen Unterschicht an. Besonders allein-erziehende Frauen waren von dieser

Junge Mädchen, die sich nicht normkonform verhielten, gerieten in den Fokus der Behörden.

Massnahme betroffen. Gerade geschiedene und ledige Mütter erfüllten die gesellschaftlichen Normen nicht, wie sie bis weit ins 20. Jahrhundert vorherrschten. Die Behörden erachteten eine Heimweisung der Kinder als legitime Massnahme und intervenierten in sogenannten unvollständigen Familien. Aber es gab auch weitere Gründe.

Welche?

Junge Mädchen, die sich nicht normkonform verhielten, gerieten in den Fokus der Behörden. Zum Beispiel junge Frauen, die Sex hatten. Bis in die 1950er und 1960er Jahre war jungen Frauen Sex vor der Ehe untersagt, und Schwangerschaften von Teenagern waren stigmatisiert. Diese Mädchen wollten die Behörden durch Arbeit «erziehen».

Woher kommt diese absurde Idee?

Die Idee der «Erziehung zur Arbeit» hat eine lange Vorgeschichte. Seit dem



FRAUENFORSCHERIN SONJA MATTER: Zwangsarbeit war in der Schweiz seit 1941 verboten, in Fabrikheimen wurde sie aber weiter praktiziert. FOTO: RAPHAEL MOSER / TAMEDIA AG

19. Jahrhundert wurden zahlreiche Arbeitsanstalten gegründet, um Armut zu bekämpfen. Die Argumentation war: Die Armen muss man dazu bringen, regelmässig zu arbeiten, und dann lässt sich das Armutsproblem lösen. Die Anstalten waren vielfach mit einem Landwirtschaftsbetrieb verknüpft, teilweise aber auch mit Stätten industrieller Produktion. Klar ist: Solche Anstalten bauten auf der Arbeit der eingewiesenen Menschen auf, damit sie den Staat möglichst wenig kosteten. Für die Betroffenen bedeutete eine Anstaltseinweisung in der Regel keine Verbesserung ihrer Situation. Im Gegenteil: Viele wurden durch die Anstaltseinweisung traumatisiert und blieben armutsbetroffen. Aufgrund eines internationalen Übereinkommens war die Zwangsarbeit seit 1941 in der Schweiz zwar verboten, sie wurde jedoch weiterhin praktiziert. Auch in den Fabrikheimen, in denen Mädchen administrativ versorgt wurden.

Wie muss man sich die Zwangsarbeit in den Fabriken vorstellen?

In den 1950er und 1960er Jahren bestand in der Textil- und in der Uhrenindustrie eine grosse Nachfrage nach billigen Arbeitskräften. Der Zugriff auf administrativ versorgte Mädchen war für Fabrikherren eine willkommene Möglichkeit, diesen Mangel zu überbrücken. Klar ist: Die Mädchen waren nicht freiwillig in Fabrikheimen. Sie wurden gegen ihren Willen und teilweise auch gegen den Willen ihrer Eltern eingewiesen. Im Fokus stand keine Aus- oder Weiterbildung, sondern Arbeit mit einem kommerziellen Ziel.

Die Mädchen verrichteten monotone Aufgaben unter dem strengen Fabrikregime und erhielten dafür keinen Lohn.

Wer führte diese Heime?

Die Leitung zahlreicher Mädchenheime lag in der Hand von katholischen Schwestern. Für den Staat war dieses Engagement vorteilhaft, weil er so Kosten sparen konnte. Die Schwestern arbeiteten für ein bescheidenes Gehalt. Wie Zeitzeuginnen berichten, konnten die Zwangsarbeiterinnen teilweise Beziehungen zu einzelnen Schwestern aufbauen. Doch vielfach litten sie unter dem strengen Regime und gewalttätigen Verhalten der Ordensfrauen.

Hat sich denn niemand für diese Zwangsarbeiterinnen eingesetzt?

Frauen hatten bis 1971 in der Schweiz kein Stimmrecht und waren somit nicht gleichwertige Bürgerinnen. Zudem waren Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, sie verdienten deutlich weniger als Männer. Diese Diskriminierungen schwächten die Position der administrativ versorgten Mädchen zusätzlich. Zwar waren Zeitgenossen die massiven Rechtsverletzungen der Mädchen in den Fabrikheimen bekannt, doch setzte sich niemand für sie ein. Weder von den Gewerkschaften noch von der Politik oder der Frauenbewegung gab es Unterstützung. Die administrativ versorgten Mädchen gehörten zur untersten Gesellschaftsschicht, die keine Lobby hatte.

Haben sich die Mädchen gegen die Umstände in den Heimem gewehrt?

Ja, einige der Mädchen waren richtige Kämpferinnen! Etliche versuchten aus den Heimem zu flüchten, nur wenigen gelang dies jedoch. 1981 wurde die administrative Versorgung schliesslich in der Schweiz aufgehoben. Heisst: Behörden dürfen seither keine Menschen ohne Gerichtsentscheid in Anstalten versorgen. Aber schon früher zeichnete sich ein Rückgang der Heimeinweisungen von Jugendlichen ab.

Inwiefern?

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging die Zahl der Ordensleute stark zurück, und damit fehlte zahlreichen Anstalten das Personal. Heimeinweisungen wurden kostspieliger und damit weniger attraktiv.

Wie ging das Leben der Mädchen nach der Heimzeit weiter?

Mit dem Erreichen der Volljährigkeit durften die Mädchen die Fabrikheime verlassen. Die Lebensläufe von ehemaligen Heimkindern sind unterschiedlich. Einzelne konnten sich in den Arbeitsmarkt integrieren und ein stabiles soziales Netzwerk aufbauen. Viele litten ihr ganzes Leben unter den negativen Erfahrungen während ihrer Kindheit und Jugend. Ehemals versorgte Frauen ohne Bildung und Einkommen fanden sich mit einer Ehe in neuer Abhängigkeit wieder. Und sie wurden gesellschaftlich lange stigmatisiert. Deshalb haben viele Frauen ihre Heimvergangenheit komplett vertuscht – bis heute!

Sonja Matter: Expertin für Frauengeschichte

Sonja Matter (48) ist seit verganginem Sommer Direktorin des «Historischen Lexikons der Schweiz». Sie studierte an der Universität Bern Geschichte und disertierte 2009. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem auf der Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie der Geschichte der Armut. Zurzeit forscht sie zum Thema Zwangsarbeit im Kanton Nidwalden.

LEXIKON FÜR ALLE. Das «Historische Lexikon der Schweiz» publiziert Artikel zur Schweizer Geschichte, darunter auch zur administrativen Versorgung. Es vermittelt dabei Wissen zur Zwangsfürsorge und Fremdplatzierung, zu Anstalten und Biographien. Die Artikel erscheinen in mehreren Sprachen und sind online frei zugänglich. **Link:** hls-dhs-dss.ch



ERZIEHUNG DURCH ARBEIT: In der Mädchenerziehungsanstalt Lärchenheim im aargauischen Lutzenberg wurden junge Frauen zu harter Bütz gezwungen. FOTOS: RBA / STAATSARCHIV AARGAU

Zeitzeugin Irma Frei (83) über die Zwangsarbeit in der Bührle-Spinnerei «Wir verdienen alle eine finanzielle Entschädigung!»

Irma Frei (83) wurde als Jugendliche während drei Jahren in der Spinnerei von Waffenhändler Emil Bührle zur Arbeit gezwungen. Gesamthaft erhielt sie dafür magere 50 Franken. Jetzt will sie mit den Bührle-Erben abrechnen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Ich erzähle meine Geschichte und fordere Entschuldigungen und Entschädigungen im Namen von vielen betroffenen Frauen!», sagt die Irma Frei (83) zu work. Frei war in den 1960er Jahren Zwangsarbeiterin in der Textilfabrik von Waffenhändler Emil Bührle (siehe Text links) in Dietfurt SG. Im Alter von 17 Jahren wurde sie jahrelang im Marienheim Dietfurt «versorgt». Die 83jährige erzählt ihre Geschichte in Büchern, Filmen und Theatern. Denn Frei hat eine Mission: Sie will über die Umstände der Zwangsarbeiterinnen aufklären. Und: «Wir Zwangsarbeiterinnen verdienen alle eine finanzielle Entschädigung!»

Eine persönliche Entschuldigung erhielt Irma Frei mittlerweile nicht nur von der Stadt Schaffhausen, sondern auch vom Bührle-Erben Gratian Anda. Er ist Enkel des Waffenin-

dustriellen und besuchte Frei im Dezember letzten Jahres zu Hause. Er brachte ihr einen Geschenkkorb mit Pasta und weiteren Lebensmitteln. Anda ist, wie sein Grossvater es war, ein Geschäftsmann. Beim Treffen mit Irma Frei umschiffte der Bührle-Erbe das Thema Geld gänzlich. Frei ist enttäuscht, dass er die Zwangsarbeiterinnen nicht finanziell entschädigt. Denn: «Er ist ja Milliardär!»

ALS «ARBEITSFAUL» ABGESTEMPELT

Ihre Vergangenheit als Zwangsarbeiterin hat Frei viele Jahrzehnte vertuscht, nicht mal ihren eigenen Töchtern hat sie von ihrer Zeit als Zwangsarbeiterin erzählt. Erst mit den Recherchen vom Beobachter-Journalisten Yves Demuth fasste sie den Mut, sich ihrer Vergangenheit zu stellen. Traumatische Heimgeschichten wie jene von Irma Frei publizierte Demuth in seinem Buch «Schweizer Zwangsarbeiterinnen – eine unerzählte Geschichte der Nachkriegszeit».

Irma Frei war sieben Jahre alt, als sich ihre Eltern scheiden liessen. Ihrer Mutter wurde als Alleinerziehende die Vormundschaft durch die Schaffhauser Behörden entzogen. Obwohl Freis Mutter um ihre Kinder kämpfte, hatte sie keine Chance auf das Sorgerecht. «Nichts half. Auf sie als geschiedene Frau hörte niemand.» Frei erlebte eine Kindheit, in der sie von Heim zu Heim gereicht wurde.

Mit 17 Jahren arbeitete sie als Haushalts- hilfe in einer wohlhabenden Familie in Rothenburg LU. Als Dienstmädchen kümmerte

sie sich um den Haushalt und musste die Familie bekochen. Weil sie sich nach der strengen Hausarbeit Pausen gönnte, hat sie die Familie Frei bei der Schaffhauser Vormundschaftsbehörde angeschwärzt. Weil sie faul sei. Und so «kümmerte» sich die Behörde um einen neuen Platz für Frei. Die Vormundschaft versprach ihr «eine schöne Unterkunft mit vielen anderen Mädchen». Entpuppt hat sich diese Anstalt als ein Ort, der Frei für den Rest ihres Lebens traumatisierte.

STRENGE FABRIKARBEIT

Im Juni 1958 kam Irma Frei im Marienheim Dietfurt im Toggenburg an. Sie wurde «zur Arbeit erzogen». In den Akten schrieb die Vormundschaft, Frei sei arbeitsscheu und müsse nun für mindestens zwei Jahre an «ausdauernde» Arbeit gewöhnt werden. Bei der Ankunft in der Anstalt fiel ihr schnell der Groschen: «Irma, jetzt bist du wieder in einem Heim gelandet.» In Dietfurt waren gegen 100 junge Frauen untergebracht. Direkt neben dem Heim stand die Spinnerei, deren Besitzer Emil Bührle war.

Gleich am darauffolgenden Tag begann die strenge Arbeit in der Spinnerei. Die «versorgten» Mädchen wurden täglich um vier Uhr früh geweckt, anschliessend stand monotone Arbeit in der Fabrik an. Nach oder vor den Schichten mussten sie diverse Ämtli im Heim erledigen. Die Anstalt stand unter Aufsicht der Engenböhler Schwestern. Monatlich erhielten die jungen Frauen fünf Franken Taschengeld,

einen richtigen Lohn gab es nicht. Und auch kaum Freizeit: nur sonntags nach der Kirche hatten die Zwangsarbeiterinnen vier Stunden frei.

Irma Frei wusste, dass Rebellen ihre Zeit im Heim nicht angenehm machen wird. Also hielt sie die strenge Fabrikarbeit und das triste Heimleben während drei Jahren aus.



«Ich musste Zwangsarbeit für die reichste Familie der Schweiz leisten.»
IRMA FREI, EHEMALIGE ZWANGSARBEITERIN

Eine Woche vor ihrem 20. Geburtstag wurde Frei aus dem Heim entlassen, sie packte ihren Koffer und erhielt ein Couvert mit 50 Franken. Eine Abrechnung gab es nie. Frei sagt: «Ich musste Zwangsarbeit für die reichste Familie der Schweiz leisten. Sie schuldet mir noch über 45'000 Franken Lohn.»

«GERECHTIGKEIT FÜR ALLE»

Nachdem Frei das Heim am 14. April 1961 verlassen hatte, hatte sie das Glück, ein familiäres Auffangnetz zu haben. Den Tag ihrer Entlassung wird sie nie vergessen: «Ich freute mich

so fest, endlich frei zu sein!» Sie konnte bei ihrer Schwester wohnen, fand einen Job und heiratete vier Jahre später. «Ich war beruflich immer sehr ambitioniert, weil ich den Behörden beweisen wollte, dass es auch ein Heimkind schaffen kann», sagt sie zu work. Als Heimkind und Zwangsarbeiterin hatte sie mit vielen Vorurteilen zu kämpfen. Sie fand Leidenschaft in der Mode und arbeitete viele Jahre in dieser Branche, bis sie schliesslich stellvertretende Geschäftsleiterin einer Herrenboutique an der Zürcher Bahnhofstrasse wurde.

Ihre Motivation, sich für Gerechtigkeit der Zwangsarbeiterinnen einzusetzen, holt sie sich aus Begegnungen mit anderen Betroffenen. In der Stadt Zürich haben Zwangsarbeiterinnen eine finanzielle Entschädigung erhalten, für dasselbe kämpft Frei nun in Schaffhausen. Frei: «Mir persönlich geht es nicht ums Geld, ich hatte trotz meiner Vergangenheit als Zwangsarbeiterin viel Glück im Leben. Doch ich kenne viele Betroffene, die heute noch sehr darunter leiden. Eine finanzielle Entschädigung ist das mindeste!»

Mit der Aufarbeitung der Vergangenheit als Zwangsarbeiterin stellte sich Irma Frei vielen schweren Begegnungen. Mit einem Fernsehteam besuchte sie das Marienheim in Dietfurt. Dieser Anblick weckte bei ihr grausame Erinnerungen. Und trotz allem hält Frei die Füsse nicht still: «Ich gebe keine Ruhe, bis man unsere Geschichten kennt und wir Zwangsarbeiterinnen unsere Gerechtigkeit bekommen.»



MARIENHEIM: Hier wurde Irma Frei jahrelang «versorgt». Nun fordert sie Gerechtigkeit. FOTO: ORTSMUSEUM BÜTSCHWIL



PAUSE: Die jungen Frauen in der Erziehungsanstalt Lärchenheim kommen zum Mittagessen zusammen.



«MAUL HALTEN»: Strenge Sitten im Lärchenheim.

Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus: Die wohl umstrittenste Ausstellung der Schweiz Der Kanonenkönig zwischen Kunst und Krieg

Der Waffenindustrielle Emil Bührle und das Zürcher Kunsthaus sind seit fast 100 Jahren eng miteinander verknüpft. Demnach erhält seine Kunstsammlung einen Ehrenplatz im Museum. work hat die wohl umstrittenste Kunstausstellung des Landes besucht.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Emil Bührle war vieles: Nazifreund, Waffenfabrikant, Kunstliebhaber und Gewerkschaftshasser. Und reich, sehr reich! 1945 galt er als reichster Mann der Schweiz. Sein Vermögen häufte sich besonders während des Zweiten Weltkrieges an. Damals belieferte Bührle mit seiner Waffenproduktion in Oerlikon das Dritte Reich. Seine Nähe zu den Nazis war unbestritten (work berichtete: [rebrand.ly/waffenfabrikant-buehrle](https://www.20min.ch/story/waffenfabrikant-buehrle)).

Bührle war ein übler Kriegsprofiteur, der Zweite Weltkrieg, der Korea-Krieg sowie der Kalte Krieg machten ihn stinkreich. Notlagen oder Verfolgungen nutzte er für seinen Profit aus. Von flüchtenden Juden, die während des Zweiten Weltkriegs aus ihren Kunstwerken möglichst schnell Geld machen mussten,



KRIEGSPROFITEUR: Nazifreund Bührle wurde durch Waffen reich. FOTO: GETTY IMAGES

kaufte Bührle Werke ab. Auch sonst pflegte er sein teures Hobby: Er häufte über 600 bedeutende Kunstwerke an. Etwa ein Drittel der Sammlung ist ausgestellt im Zürcher Kunsthaus.

Bührle hatte eine enge Beziehung zum Zürcher Kunsthaus. Er war Mitglied des Vorstandes, finanzierte einen Erweiterungsbau und schenkte der In-

stitution einige seiner Werke. Im Herbst 2021 stellte das Museum Bührles Sammlung das erste Mal aus – darauf folgte heftige Kritik von allen Seiten. Der Grund: die Sammlung des Waffenindustriellen wurde praktisch ohne Kontext ausgestellt. Seit Herbst 2023 ist die Ausstellung unter dem Namen «Die Sammlung Bührle: Kunst, Kontext, Krieg und Konflikt» im neuen Konzept präsentiert und möchte die verpasste Aufklärung nachholen.

NEUES KONZEPT, ALTE FEHLER

Die öffentliche Führung, die work besuchte, lockt viele Interessierte an. Unbestritten fährt das Kunsthaus mit der Bührle-Sammlung eine fein säuberliche Krisenkommunikation und bietet Kontext. Auch die Führung durch die Hallen ist Schritt für Schritt durchdacht. Fehlertritte erlaubt sich die Museumsangestellte, die an diesem Tag für die Führung zuständig ist, keine. Fragen sind erlaubt, aber bitte nicht zu kritische. Zu einigen will sich die Museumsangestellte «nicht äussern». Fast so, als habe das Kunsthaus aus der Kritik gelernt, lieber zu schweigen statt zu antworten.

Bereits in der Eingangshalle wird man mit der Frage konfrontiert, ob diese Kunstsammlung ausgestellt werden sollte oder nicht. Dazu äussern sich Historiker, Politikerinnen und Holocaust-Überlebende im Videoformat. Im darauffolgenden Raum zeigt die Ausstellung unter dem Namen «Die Sammlung Bührle: Kunst, Kontext, Krieg und Konflikt» im neuen Konzept präsentiert und möchte die verpasste Aufklärung nachholen.

UND DIE ZWANGSARBEITERINNEN?

Das Thema Zwangsarbeiterinnen in Bührles Fabriken wird bei der Führung gänzlich ausgelassen. Und in der gesamten Ausstellung sind ganze fünf Sätze zu diesem Thema zu finden. Unvollständig ist auch die laufende Provenienzforschung, die erst im Sommer dieses Jahres abgeschlossen wird. Das Kunstmuseum fährt bei der Bührle-Sammlung ein Aufklärungskonzept, das noch in den Kinderschuhen steckt.

125 Jahre Volkshaus St. Gallen: Die fast vergessene Geschichte

Wo Jusos sich als Turner tarnen mussten

Die Geschichte des wohl ältesten Volkshauses der Schweiz war praktisch vergessen. Dann tauchten in einem Estrichschrank antike Protokollbücher auf – mit überraschendem Inhalt.

JONAS KOMPOSCH

Wer «Volkshaus St. Gallen» googelt, landet als erstes auf der Website der Stadt St. Gallen – und wird dort direkt nach Zürich verwiesen, ans Volkshaus am Helvetiaplatz. Schon das zeigt, wie nötig das neue Buch von Ralph Hug ist. Der Historiker und work-Autor hat die bewegte Geschichte des St. Galler Volkshauses aufgearbeitet. Mit Baujahr 1899 ist es womöglich sogar das älteste Volkshaus der Schweiz. Zwar ist von einem vielseitigen sozialen, kulturellen und politischen Leben nicht mehr viel übrig. Doch nach wie vor gehört die Liegenschaft einer Genossenschaft, in der alle grossen Gewerkschaften vertreten sind. Und die Unia Ostschweiz-Graubünden hat im ziegelroten Backsteinbau mit Sandsteinfundament ihre Zentrale. Über die Geschichte des Hauses war lange Zeit wenig bekannt, denn die Protokollbücher aus der Entstehungszeit galten als verschollen. 2019 tauchten sie doch noch auf – zuhinterst in einem Estrichschrank. Für Historiker Hug ein wahrer Sensationsfund.

Das Haus ist noch heute ein Symbol der Solidarität.

MIGRANTEN ALS PIONIERE

Er studierte die Bände als erster. Sie stammen vom Allgemeinen Arbeiterbildungsverein, Bauherrn und erstem Träger des Volkshauses. Treibende Kraft hinter diesem Verein waren nicht etwa Einheimische, sondern Migranten, namentlich deutsche Handwerksgelesen. Das Gründungsprotokoll aus dem Jahr 1872 zählt als Mitglieder 350 Deutsche, 53 Schweizer, 42 Österreicher, einen Italiener und einen Schweden. Frauen waren nicht dabei. Wobei Hug betont, dass diese keineswegs untätig waren. 1886 entstand in der Gallusstadt sogar der erste Arbeiterinnenverein der Schweiz. Und diese Frauen hatten zentrale Funktionen, darunter das Kochen in der Speisegenossenschaft. Diese war laut Hug nichts weniger als «die Seele des Arbeiterbildungsvereins», gab täglich Hunderte günstige Mahlzeiten aus und trug so wesentlich zum Wachstum der Bewegung bei. Denn ohne Mampf kein



GESCHICHTSTRÄCHTIG: Das Volkshaus St. Gallen wurde 1899 nach nur einjähriger Bauzeit eingeweiht, und die Gründer waren stolz, dafür nicht einen Subventionsfranken bezogen zu haben. FOTO: STADTARCHIV ST. GALLEN

Kampf. Nebenbei füllte der Restaurationsbetrieb das Kässeli für den langersehnten Volkshaus-Bau.

Gutes Geld verdiente die Speisegenossenschaft auch mit dem Verkauf von Zigarren und Stumpen. Dank solchen Einnahmen vermochten die Volkshaus-Gründer auf eigenen Beinen zu stehen. Als sie 1899 ihr Haus einweihten, betonten sie stolz, nicht einen Subventionsfranken beansprucht zu haben. Unabhängigkeit war auch später zentral. Das zeigt ein Beispiel aus den 1920er Jahren, als die massiv gewachsenen Arbeiterverbände Pläne für ein zusätzliches Gewerkschaftshaus schmiedeten. Die Brauerei Schützengarten bot an, die Baukosten zu übernehmen, wenn dafür im Haus auf ewig nur «Schüga» ausgeschenkt werde. Die Gewerkschaften lehnten dankend ab.

ANLAUFSTELLE FÜR EXILIERT

Hugs Volkshaus-Buch ist eine vielschichtige und packend geschriebene Sozialgeschichte einer lokalen, aber von Anfang an international inspirierten Institution. Nicht zufällig war das Volkshaus im Zweiten Weltkrieg eine wichtige Anlaufstelle für antifaschistische Exilanten. Und auch die russische Linkssozialistin Angelica Balabanoff klopfte 1903 ganz bewusst im Volkshaus an. Dort fand sie einen Arbeitsplatz für ihre berühmte Kampagne gegen

die Ausbeutung von jungen Italienerinnen in Ostschweizer Fabrikheimen.

KEIN REVOLUTIONSHERD

Ein Hort des Umsturzes war das Volkshaus aber nie. Die kommunistische Partei der Arbeit hatte lange sogar Hausverbot. Die antimilitaristischen Jusos mussten Säle noch 1981 unter dem Decknamen «Turn- und Sportverein St. Otmar» mieten.

Insgesamt aber habe «eher ein pragmatischer statt ideologischer Geist» geweht, bilanziert Hug. Was zum Überleben des Hauses beigetragen habe. Jedenfalls stehe an der Lämmlibrunnstrasse noch heute ein «in Sandstein gehauenes Symbol der Solidarität». Und zwar eines, das die Arbeiterbewegung selbst erschaffen hat. Nicht wie in Zürich. Dort war das Volkshaus auf Anregung des Bürgertums entstanden – als milde Gabe zur Besänftigung der Linken.



Das St. Galler Volkshaus von Ralph Hug, fester Einband, 160 Seiten, zum Preis von zirka 40 Franken.

Ausstellung I «Swiss Made» in Winterthur?

Seit 1888 ist die Schweiz ein Einwanderungsland. Damals wanderten erstmals mehr Menschen ein als aus. Ohne Migrantinnen und Migranten wäre wirtschaftlicher Aufschwung nie möglich gewesen. Das gilt besonders für die einstige Industriestadt Winterthur, wo noch heute fast die Hälfte der Einwohnenden Migrationshintergrund haben. In «Swiss Made» steckt also immer eine gute Portion Multikulti! Dennoch sind migrantische Lebensrealitäten im öffentlichen Diskurs stark unterrepräsentiert. Das will das Winterthurer Museum Schaffen ändern. In der Sonderausstellung «Reality Check!» beleuchtet es die mannigfachen Verbindungen von Migration und Arbeit in der Eulachstadt.

Ausstellung **Reality Check! Arbeit, Migration, Geschichte(n)**, Museum Schaffen, Lagerplatz 9, Winterthur. Vernissage am 14. März, 18 Uhr.

Ausstellung II Kinderarbeit

Heuen, Vieh hüten, Torf stechen – Kinder mussten schon immer mit anpacken, besonders in der Landwirtschaft. Mit dem Aufkommen der Industrie wurden sie zunehmend auch in Textilfabriken ausgebeutet. Oder auf Bauernhöfen verdingt. Für einen Hungerlohn erledigten sie gesundheitsschädigende Aufgaben und durften oft nicht in die Schule. Erst mit der Einführung des Schulobligatoriums 1874 und der Annahme des eidgenössischen Fabrikgesetzes 1877 wurde Schulbildung ein Grundrecht und Arbeit für unter 14jährige verboten. Diesem dunklen Kapitel Wirtschaftsgeschichte widmet das Forum Schweizer Geschichte in Schwyz jetzt eine eigene Ausstellung. Ein besonderes Augenmerk legt das Museum auf die Zentralschweiz.



FOTO: LEONARD VON MATT

Ausstellung **Arbeitende Kinder im 19. und 20. Jahrhundert**, Forum Schweizer Geschichte, Zeughausstrasse 5, Schwyz. Termine für Führungen (auch virtuelle) unter www.forumschwyz.ch

work|x| der wirtschaft

Hans Baumann



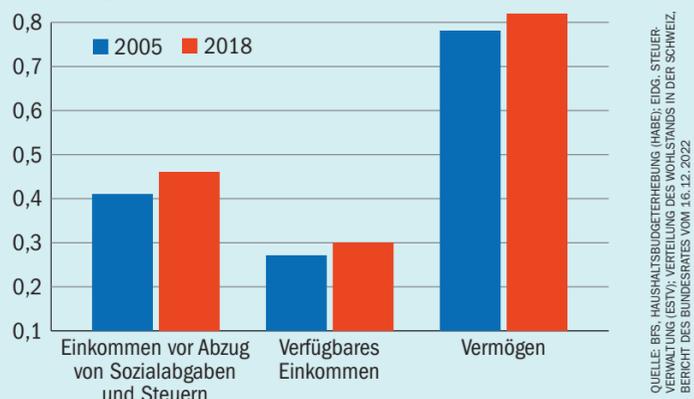
UNWAHRHEITEN ZUR WOHLSTANDSVERTEILUNG

Im Abstimmungskampf um die 13. AHV-Rente wurden von den Gegnerinnen und Gegnern viele Unwahrheiten und Halbwahrheiten verbreitet. Leider auch vom ehemaligen Bundesrat Pascal Couchepin (FDP), der es eigentlich besser wissen müsste. Er bestritt in einem Interview, dass die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren immer mehr aufgegangen sei und es deshalb Korrekturen zugunsten der Menschen mit weniger Einkommen und Rente brauche. Er bezeichnete dies im «Tages-Anzeiger» als «reine Ideologie». Tatsächlich sei – so Couchepin – der Gini-Index in der Schweiz nicht gestiegen. Der Gini-Index ist ein Mass für die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung. Er bewegt sich zwischen 0 und 1; je weiter er in Richtung 1 geht, desto ungleicher ist die Verteilung. Couchepin liegt mit seiner Feststellung, der Gini-Index und damit die Ungleichheit habe sich nicht verändert, falsch. Der Gini-Koeffizient hat sich von 2005 bis 2018 bei den Pri-

märeinkommen von 0,41 auf 0,46 erhöht. Die Primäreinkommen sind die Einkommen vor Abzug von Sozialabgaben und Steuern. Aber auch bei den verfügbaren Einkommen, also nach Abzug von Sozialabgaben und Steuern, hat sich der Koeffizient erhöht, nämlich von 0,27 auf 0,30. Diese Einkommen beinhalten auch alle Renten.

REICHE LEGEN ZU. Noch viel deutlicher ist das bei den Vermögen. Dort hat die Schweiz mit einem Gini-Koeffizienten von 0,82 eine der ungleichsten Verteilungen der Welt. Und auch bei den Vermögen ist die Schere in den letzten Jahren noch mehr aufgegangen, 2005 hatte der Koeffizient noch 0,78 betragen. Über eine längere Zeit gemessen, ist diese Entwicklung noch viel krasser: 1980 verfügte das reichste Prozent der Schweizer Bevölkerung über ein Drittel aller Vermögen, die anderen 99 Prozent mussten sich die übrigen zwei Drittel teilen. 2020 besass das reichste Prozent aber bereits 47 Pro-

Schere zwischen Arm und Reich geht in der Schweiz immer weiter auf



zent, also fast die Hälfte aller Vermögen, während sich 99 Prozent die andere Hälfte teilen mussten. Die Schere zwischen Arm und Reich ist aufgegangen, und es konzentriert sich immer mehr Einkommen und Vermögen bei einer kleinen Schicht der

Allerreichsten. Das gilt für Erwerbs Haushalte wie auch für Rentnerinnen und Rentner. Zum Glück kann dies die 13. AHV-Rente jetzt ein wenig korrigieren.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Skandal-Doku Welt der Superreichen

Gerda Hofmann war jahrelang Spitzenbeamtin für Steuerfragen im deutschen Finanzministerium. Dann strahlte das ZDF «Die geheime Welt der Superreichen» aus. Die Doku erreichte ein Millionenpublikum. Und sie enthüllte die lukrativen Nebenjobs Hofmanns: An Seminaren für Steueranwälte von Superreichen gab die Beamte exklusive Tipps zur Steuervermeidung. Sogar die neusten Interna des Ministeriums gab sie preis. Finanzminister Christian Lindner (FDP) sah sich gezwungen, seine Kaderfrau zu versetzen. Ansonsten läuft das Geschäft für Deutschlands Reichenclans weiter wie bisher, also geschmiert. Das zeigt exemplarisch der Auftritt von Capri-Sonne-Boss Hans-Peter Wild (82). Der nach Zug steuergelüchtete Multimilliardär und Privatjetdauerflieger erscheint als haarsträubender Prototyp einer selbstge-rechten und immer dekaderteren Kapitalistenclique.

ZDF-Doku **Die geheime Welt der Superreichen**, Deutschland 2023, 42 Minuten. Online ist sie abrufbar unter dem Link rebrand.ly/zdf-doku





VERZWEIFELT:
Palästinensische
Büezer warten am
Checkpoint «Erez»
in Gaza darauf,
nach Israel
einreisen zu
dürfen.

FOTO: GETTY IMAGES

Nahost: Grenzgänger ohne Einkommen Die unsichtbaren Opfer des Krieges

Die Grenzübergänge zwischen Westjordanland und Israel sind fast vollständig geschlossen. Deshalb können etwa 150 000 Palästinenser und Palästinenserinnen nicht zur Arbeit nach Israel und sind ohne Einkommen.

IWAN SCHAUWECKER

Nach dem grausamen und folgenschweren Angriff der Hamas vom 7. Oktober mit etwa 1200 Toten und über 200 verschleppten Geiseln hat der israelische Vergeltungskrieg in Gaza inzwischen bereits über 30 000 Todesopfer gefordert. Die israelische Regierung wird sich wegen Kriegsverbrechen und dem Vorwurf des Genozids vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verantworten müssen. Während der Krieg in Gaza die mediale Berichterstattung dominiert, ist auch die Situation der drei Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland katastrophal. Hier sind seit dem 7. Oktober über 400 Menschen durch das israelische Militär getötet worden.

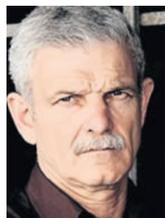
GESPERRTE GRENZÜBERGÄNGE

Doch nicht nur die militärische Gewalt verschlimmert die Situation in den besetzten Gebieten des Westjordanlands. Wegen der Schliessung der Grenzübergänge nach dem Anschlag der Hamas sind etwa 150 000 palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Westjordanland seit fünf Monaten ohne Einkommen. Vor dem 7. Oktober pendelten viele dieser Arbeiterinnen und Arbeiter täglich durch die Checkpoints der Trennmauer zwischen Israel und dem Westjordanland. Gemäss Schätzungen entgeht der Bevölkerung im Westjordanland, einem Gebiet von der Grösse des Kantons Bern, seither ein monatliches Einkommen von 325 Millionen Franken. Dies entspricht etwa einem Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung. Etwa 15 000 palästinensische Arbeiter

durften in den letzten Monaten an ihren Arbeitsplatz in Israel zurückkehren, die grosse Mehrheit jedoch nicht.

VERARMUNG ALS SICHERHEITSRISIKO

Die unabhängige Gewerkschaft «Maan Workers Association» aus Israel kämpft seit vielen Jahren für die Rechte der palästinensischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Israel arbeiten. Der Maan-Direktor Assaf Adiv, der in Israel lebt, setzt sich für die sofortige Öffnung der Grenzübergänge ein. Gegenüber work sagt Adiv, dass die mehrmonatigen Grenzschliessungen nicht nur unmenschlich seien, sondern gemäss Einschätzungen des israelischen Militärs auch zu einem Sicherheitsrisiko für Israel werden. «Mit den Security Checks, die bereits vor dem Krieg sehr streng waren, sollten palästinensische Arbeiterinnen und Arbeiter wieder nach Israel gelangen können», sagt Adiv. In Israel gäbe es Arbeit, und sie könnten mit dem Mindestlohn von



«Die Schliessung der Grenzen ist unmenschlich.»

ASSAF ADIV, DIREKTOR MAAN

1350 Franken pro Monat das Dreifache eines Lohnes in den besetzten Gebieten verdienen.

300 NEUE VERMITTLUNGSFIRMEN

Inzwischen steigt auch der Druck aus der israelischen Wirtschaft. Insbesondere in der Bauwirtschaft führt der Ausfall von 80 000 palästinensischen Arbeitern zu grossen Verzögerungen und Baustops. Der ursprüngliche Plan der Regierung, die Bauarbeiter, Erntehelferinnen und das Servicepersonal schnell und in grosser Zahl aus Asien zu importieren, scheint bisher nicht zu funktionieren. Gewerkschafter Adiv: «Seit Oktober wurden 300 neue Personalvermittlungsfirmen gegründet, die Arbeiter aus Indien, Sri Lanka, China und Thailand nach Israel bringen sollen.» Im Falle von Indien gebe es aber nicht einmal ein bilaterales Abkommen, der Import der Arbeitskräfte erfolge also illegal. Laut der is-

Desolate Lage: Fünf Monate ohne Lohn

Die Gewerkschaft Maan hat eine Telefon-Hotline zur Beratung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Westjordanland eingerichtet. Viele von ihnen haben ihren Septemberlohn nicht erhalten, da der Zahltag erst nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober angesetzt war.

UNTERSTÜTZUNG: Die palästinensischen Arbeitnehmenden mit Jobs in Israel erhalten keine Arbeitslosenunterstützung, können ihre Pensionsguthaben nicht abheben und befinden sich nach fünf Monaten ohne Einkommen in einer desolaten finanziellen Lage. Das Schweizer Hilfswerk Solifonds unterstützt die Gewerkschaft Maan.

raelischen Tageszeitung «Haaretz» wurden indische Bewerber, die in Israel arbeiten wollen, auch darauf hingewiesen, dass die Stellen nicht für Muslime zur Verfügung stünden.

IMPORT VON BAUARBEITERN

Shay Pazner, der stellvertretende Generaldirektor der Gewerkschaft Israel Builders Association, erwartet trotz den Verzögerungen, dass in den nächsten Monaten etwa 60 000 ausländische, vor allem indische Bauarbeiter nach Israel einreisen werden.

Die Rekrutierung stösst aber nicht nur auf administrative Hindernisse, sondern auch auf den politischen Widerstand indischer Gewerkschaften. In einer im November veröffentlichten Erklärung schreiben zehn indische Gewerkschaften, dass ein durch die indische Regierung legitimerter «Export» die indischen Arbeiter «entmenschliche» und «zur Ware mache». In ihrer Erklärung schreiben sie auch: «Ein bilaterales Abkommen käme einer Komplizenschaft Indiens mit Israels Krieg gegen die Palästinenser gleich.» Auch Adiv sieht den Import von Arbeitskräften aus Asien kritisch. Häufig litten die Arbeiter unter sklavereiähnlichen Bedingungen, weil sie für ihre Arbeitsvermittlung hohe Gebühren zahlen müssten. Nur schon zur Abzahlung der Schulden müssten die asiatischen Arbeiter in Israel häufig mindestens ein Jahr umsonst arbeiten.



la suisse existe
Jean Ziegler

VIOLA AMHERD, ERWACHE!

«Ein Skandal jagt bei der Ruag den nächsten. Die Ruag gleicht einem Selbstbedienungsladen und ist schon längst ein Fall für die Korruptions-Staatsanwaltschaft. Vorgesetzte und Aufsichtsgremien haben versagt.» Das schreibt Bundeshausredaktor Raphael Rauch im «Sonntagsblick».

DROHNE. Im August 2023 feuerte Ruag-Verwaltungsratspräsident Nicolas Perrin die Generaldirektorin Brigitte Beck. Der Vorwurf: «zahl-

Die Schweiz ist unfreiwillige Komplizin dieses fürchterlichen Vernichtungsfeldzuges.

reiche Rechtsverletzungen». Im Februar dieses Jahres wurde

dann Verwaltungsratspräsident Nicolas Perrin aus dem Amt gejagt. Nur wenig später folgte ihm sein Vize Heinz Liechti.

Investigative Journalistinnen und Journalisten recherchierten. Insbesondere über den halbgeheimen Kooperationsvertrag zwischen dem israelischen Waffenhändler Elbit und der Ruag. In diesem Vertrag geht es um die gemeinsame Entwicklung der Kampfdrohne «Hermes 900».

BEUNRUHIGEND. Mutige Bundesparlamentarier wie SP-Nationalrat Fabian Molina und der Genfer SP-Ständerat Carlo Sommaruga sowie der Journalist Rafael Lutz von der «Weltwoche» suchten weiter. Zutage kamen eine ganze Reihe neuer, äusserst beunruhigender Informationen im Zusammenhang mit dem israelischen Waffenfabrikanten Elbit.

TECHNOLOGIE. Bereits 2018 unterzeichnete Elbit in Haifa, Israel, ein Memorandum of Understanding mit dem helvetischen Staatsbetrieb Ruag, das einen intensiven beidseitigen Technologietransfer zwischen beiden Vertragsparteien vorsieht. 2019 eröffnete Elbit eine Filiale in Bern. Jakob Baumann, Verwaltungsratspräsident von Elbit Switzerland, bestätigte offiziell den Technologietransfer. Baumann war bis 2011 als Armasuisse-Chef zuständig für die Beschaffung von neuem Armeematerial.

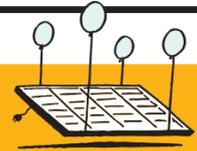
Im Juni 2022 eröffnete Elbit im bernischen Uetendorf das Testzentrum Network and Digitalization Center. Ziel: Elbit will für die Schweizer Armee der führende Partner im Bereich Informations- und Hightech-Technologie werden. Beteiligt ist der israelische Rüstungskonzern bereits heute am 1,6 Milliarden Franken schweren Budget des Projekts TKA (Telekommunikation der Schweizer Armee).

Israel führt seit fünf Monaten einen Vernichtungsfeldzug gegen die Zivilbevölkerung von Gaza, als Reaktion auf die am 7. Oktober von der Hamas in Südisrael begangenen Verbrechen. Über 30 000 Menschen wurden bisher in Gaza getötet, 290 000 schwerst verletzt. 70 Prozent davon Frauen und Kinder. Beim obersten UNO-Gericht ist die Klage hängig, ob Israel in Gaza Völkermord begehe.

Gewissenlose Ruag-Funktionäre und eine indifferente Armeeministerin Viola Amherd machen unser Land zum unfreiwilligen, aber tatsächlichen Komplizen dieses fürchterlichen Vernichtungsfeldzuges.

Das ist eine Schande für die Schweiz. Bundesrätin Amherd muss die intensive Militärkooperation mit Israel sofort stoppen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Elementa 2: Startet das kommunistische China 2024 die nächste Solarrevolution?

China betreibt eine Industriepolitik, die sich gewaschen hat. So fördern die chinesischen Kommunistinnen und Kommunisten seit Jahren konsequent den Bau von Solarmodulen. Jetzt bringen sie sogar einen Container auf den Markt, in dem ein ganzes Solarsystem Platz hat: Wechselrichter, Speicher und Einspeisungen in das Netz.

In China herrscht politisch nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der kommunistischen Partei. Wirtschaftlich gesehen herrscht in der Volksrepublik aber der Kapitalismus, der chinesische Staatskapitalismus. Diese Mischung hatten Karl Marx und Friedrich Engels nicht vorausgesehen.

Inzwischen macht sich China daran, die USA ökonomisch zu überholen. Zwar gibt es fast vier Mal mehr Chinesinnen und Chinesen als US-Amerikanerinnen und -Amerikaner. Das heisst, das Bruttoinlandprodukt pro Kopf ist in China kaufkraftseitig vier Mal kleiner. Doch wie lange braucht China noch, um die USA zu überholen?

Alle Prognosen sind Spekulationen, doch Fakt ist: Das chinesische Modell beinhaltet eine Industriepolitik, die sich gewaschen hat. So fördern die chinesischen Kommunistinnen und Kommunisten seit Jahren konsequent den Bau von Solarmodulen.

ÜBERPRODUKTIONSKRISE. Schon heute kann China jedes Jahr Solarmodule mit



REVOLUTIONÄR: Der chinesische Solarriese «Trina Solar» bringt ein System auf den Markt, gegen das Atomkraftwerke keine Chance haben. FOTO: ZVG

einer Leistung von 230 Gigawatt produzieren. Mit dieser Leistung lässt sich so viel Strom produzieren wie mit 80 neuen Atomkraftwerken, deren Bau aber eine Ewigkeit dauert.

Der Weltmarkt ist aktuell zu klein, um diese 230 Gigawatt Leistung zu verbauen. Deshalb senken die chinesischen Hersteller ihre Preise massiv: diese haben sich innerhalb eines Jahres fast halbiert. Es tobt brutalster Wettbewerb. Die grossen Hersteller bluten. Die kleinen bluten aus. Wie bei jeder Überproduktionskrise im Kapitalismus.

Glauben wir den westlichen Analysten, so hätte China diese solare Überproduktionskrise mit 100 Milliarden Franken befeuert. Ist das viel? Pro Kopf der chinesischen Bevölkerung macht es nicht einmal 80 Franken aus. Jedenfalls wird die Solarindustrie die Welt innert kurzer Zeit

verändern, wie es einst die Dampfmaschinen taten. Wenn China seine Exporte stoppt, schadet es sich selber. Deshalb wird das absehbar nicht geschehen. Und wenn doch? Dann wird Europa innert drei bis vier Jahren eigene grosse Solarmodulfabriken aus dem Boden stampfen.

SENSATION. «Trina Solar» ist ein chinesischer Solarriese. Das Unternehmen bringt noch dieses Jahr ein System mit Wechselrichtern und Batterien auf den Markt. Es heisst Elementa 2. Und die Ankündigungen versprechen eine Revolution:

Trina 1: Das ganze System hat in einem 20-Fuss-Container Platz. Dieser ist 36,5 Tonnen schwer. Und er wird in China fix und fertig montiert.

Trina 2: Der Container verfügt über eine Speicherkapazität von 4000 Kilowattstunden Strom. Und er kann mit

2000 Kilowatt Leistung beladen und entladen werden.

Trina 3: Solarmodule, kombiniert mit Solarspeichern, sind der Tod des schwankenden Flutterstroms. Sie können den Strom deshalb bedarfsgerecht Tag und Nacht reinsaugen oder liefern. Je nach den Bedürfnissen des Marktes und je nach den Preisen, die erzielt werden können.

Trina 4: Die recht umweltfreundlichen Batterien lassen sich 10000 Mal beladen und entladen. Sie haben somit eine Lebensdauer von 20 bis 30 Jahren. Schlicht und einfach sensationell!

Trina 5: Noch will Trina Solar nicht bekanntgeben, wie viel so ein Container kosten wird. Der Preis wird absehbar aber bei 500000 Franken starten und dann auf 250000 Franken sinken. Je nach Nachfrage, je nach Konkurrenz.

Trina 6: Je mehr solcher Elementa 2 dezentral installiert werden, desto weniger müssen wir unsere Netze ausbauen. Desto mehr Notstromaggregate haben wir.

Versuchen wir eine Annäherung an die Grössenordnungen: Solarmodule mit einem Kilowatt Leistung produzieren in den Alpen 750 Kilowattstunden Winterstrom pro Jahr. Wenn wir die Netze lediglich minimal ausbauen wollen, braucht es pro Kilowatt installierte Leistung nur 5 Kilowattstunden Speicher. Der Atomstrom hat dann keine Chance mehr.

Um die Schweiz dezentral mit Solarspeichern zu stabilisieren, würde eine Investition von 10 Milliarden genügen. Ein Klacks verglichen mit den Beträgen, die wir für die Armee ausgeben!

LINKS ZUM THEMA:

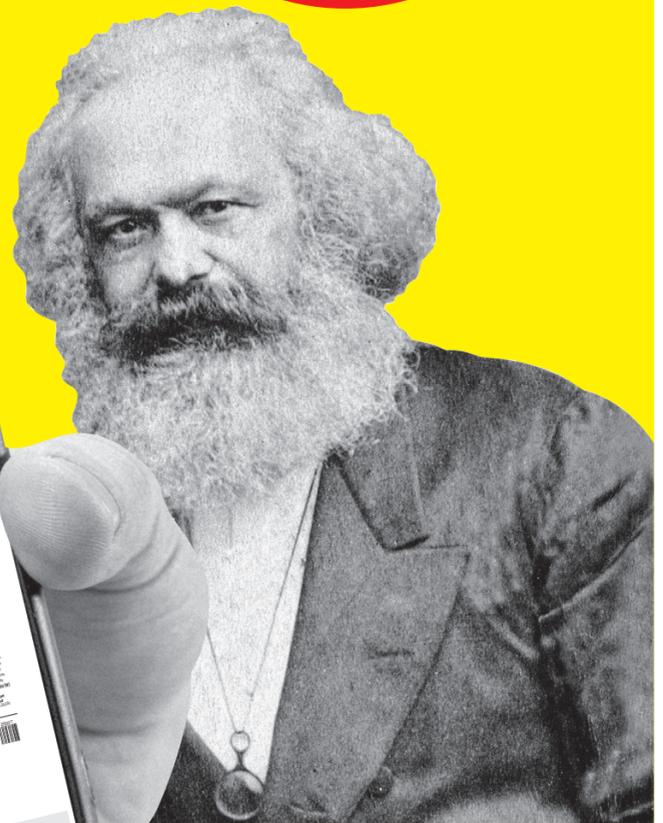
● rebrand.ly/riesenbatterie
Im Aargau ist soeben eine Riesenbatterie in Betrieb gegangen. Sie soll das Netz stabilisieren. Der Betrieb der Superbatterien ist finanziell lukrativ und könnte auch eine Einnahmequelle für Gemeinden sein. Doch Projektleiter Patrick Linggi geht nicht davon aus, dass künftig andere Gemeinden auf den Zug aufspringen: «Ich gehe davon aus, dass die Batterien von grösseren Energieversorgern oder Industriefirmen betrieben werden.»

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Die erste App mit kommunistischer Intelligenz

1 Monat Web+App
6€*
*muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.



Jetzt bestellen!
jungewelt.de/ki
00 49 30/53 63 55-80
abo@jungewelt.de



AUF RAUBZUG: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron will die Stromversorgung komplett privatisieren. Sein Drängen, möglichst schnell möglichst viele Atomreaktoren hinzuklotzen, ist Teil dieser Taktik. FOTO: KEYSTONE (2)/ ADOBE STOCK (3)/ MONTAGE: WORK

Frankreich: Künstliche Belebung einer Dinosaurier-Technik

Atomstrom, mon amour!

Atomstrom ist die neue Obsession des französischen Präsidenten Macron. Er will die Welt mit AKW überziehen. Für den Klimaschutz, wie er sagt. Doch dahinter steckt ein gigantischer Raubzug.

OLIVER FAHRNI

Eigentlich müsste dieses AKW schon seit Jahren Strom liefern. Doch Hinkley Point C an der Südwestküste Englands geht bestenfalls 2030 ans Netz. Wenn überhaupt. Ursprünglich sollte es 16 Milliarden Euro kosten. Nun werden es 53 Milliarden, umgerechnet rund 50 Milliarden Franken. Das meldete kürzlich der französische Stromversorger Electricité de France (EDF), der das Werk baut.

Was sich da gerade zur industriellen Katastrophe auswächst, war als Schaufenster französischer Atomtechnik gedacht. Denn in Hinkley Point will der Stromversorger zwei «neuartige», sogenannte EPR-Reaktoren installieren. Die seien sicherer, billiger, zuverlässiger als herkömmliche AKW, wirbt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Eine strahlende Lösung für den rasch wachsenden Stromkonsum, den E-Autos, Digitalisierung und künstliche Intelligenz mit sich bringen.

Doch es ist eher ein Desaster mit Ansage, nicht nur ökonomisch. Thomas Piquemal, der Finanzchef von Electricité de France, hatte im März 2016 geräuschvoll den Hut genommen: Es sei falsch, ungezählte Milliarden «in eine Technik zu stecken, von

Macron will die ganze Welt mit seinen Atomöfen überziehen. Sie sollen sein Lebenswerk werden.

der man nicht weiss, ob sie überhaupt funktioniert». Atomingenieure und Gewerkschaften unterstützten ihn. Doch Macron, damals Wirtschaftsminister, wischte die Warnung vom Tisch.

VOLLES RISIKO IN FLAMANVILLE

Acht Jahre später wissen wir: Piquemal hatte recht. Im kommenden Juli geht in Flamanville an der Kanalküste der bisher einzige EPR-Reaktor Frankreichs in Testbetrieb, mit 12 Jahren Verspätung. Flamanville liegt neben der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague, wo auch der Schweizer Atommüll verarbeitet wird – und wo Frankreich bombenfähiges Plutonium für seine Atomwaffen gewinnt.

Beim Bau des Reaktors traten ungezählte Sicherheitsprobleme auf. Niemand weiss, ob sie gelöst sind. Die Atom-Sicherheitsbehörde fügte sich nur murrend dem Druck der Regierung: Electricité de France trage nun allein das Risiko. Wohl eher die Bevölkerung. Ungemütlich.

Dennoch befahl Präsident Macron dem Stromkonzern, insgesamt bis zu 14 dieser Atomreaktoren zu bauen. 6 davon sollen nun «schnell» hingeklotzt und der Bau von 8 weiteren «geprüft» werden. Dafür erliess er ein «Beschleunigungsgesetz», ernannte einen Einpeitscher, unterstellte die Atomenergie der Verteidigung und nahm die Atomaufsicht an die Kandare – dagegen rufen die Gewerkschaften nun zum Streik. Doch diese 14 EPR-Reaktoren sind erst der Anfang. Macron will die ganze Welt mit seinen Atomöfen überziehen. Sie sollen sein Lebenswerk werden.

Eigentlich ist die Atomenergie spätestens seit der Katastrophe von Fukushima (2011) tot. Das Kapital hatte sich weitgehend aus ihr zurückgezogen. Verschiedene Länder, etwa Deutschland und die Schweiz, hatten den Atomausstieg beschlossen. Die Atomlobby war abgetaucht. Noch 2022 interessierten sich allein Atomwaffenmächte für AKW – und solche, die es werden möchten. Die 430 AKW weltweit produzieren heute gerade noch 9 Prozent des Stroms. Weniger als vor 30 Jahren. Sonnenenergie- und Windanlagen hingegen schon mehr als 15 Prozent – und dies bereits zum halben Preis des Atomstroms, wie im Januar dem Bericht «The World Nuclear Industry» zu entnehmen war.

JURASSIC ATOM

Auf Teufel komm raus will Macron die Dinosauriertechnik jetzt wieder-

Initiative: Mit einer Täuschungs-Taktik

Veteranen der Schweizer Atomlobby, wie der enternerte Milliardärs-Clan Aegerter (Energie Club Schweiz), machen mobil, im Verbund mit Rechtsaussengruppen wie der Jungen SVP: Sie wollen schnell viele neue AKW bauen, grosse wie kleine. Dafür müssen sie den Volksentscheid zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft von 2017 umstürzen.

ENERGIEWENDE BREMSEN. Unter Einsatz von viel Geld haben sie jetzt eine Initiative eingereicht. Täuschender Titel: «Blackout stoppen». Sollte heute überhaupt ein Blackout drohen, dann durch das Fiasko der Atomenergie. Auch sie nutzen das Argument Klimawandel. Doch was sie publizieren, enthüllt, dass es ihnen genau um das Gegenteil geht: die Energiewende in der Schweiz auszubremmen.

beleben. Sein Mantra: Nur mit Atomstrom lasse sich die Klima-Apokalypse abwenden.

Doch daran ist, auch abgesehen von den Risiken solcher Atomkraftwerke und vom unlösbaren Müllproblem, fast alles falsch. Die AKW kämen zu spät: Denn um auch nur einen Drittel des künftigen Strombedarfs zu decken (was allein noch ungenügend wäre), müssten in kürzester Zeit an die tausend neue AKW hochgezogen werden. Zu pharaonischen Kosten (etliche Billionen), die jede realistische (und einfachere) Eindämmung der Klimaüberhitzung und jede bessere Form der Energiegewinnung töten müssten.

Ausserdem sind AKW Teil des Problems. Sie ertragen Hitze und Trockenheit nicht. Der Betrieb verbraucht gigantische Mengen von Wasser. Im Hitzesommer 2022 fielen 60 Prozent der 57 französischen Atomanlagen aus.

Trotzdem tat Macrons Totschlagargument seine Wirkung. Vermutlich, weil es dem perversen Glauben schmeichelt, das Weltklimaproblem lasse sich mit technischen Gadgets billig lösen. So presste der Präsident dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz die Zusage ab, Atomkraft auf die EU-Liste «grüner» Energieformen zu setzen. Seither wagen die Grünen Frankreichs und Deutschlands kaum noch Widerrede. Darauf krochen die Atomlobbyisten wieder aus ihren Löchern, auch in der Schweiz (siehe Box). Sie erwecken den (falschen) Eindruck eines neuen AKW-Booms.

DER GROSSE RAUBZUG

Was aber treibt Macron wirklich an? Als scharfer Neoliberaler versucht er schon länger, die Stromversorgung als Service public zu zerschlagen. Strom brauchen alle, also kann man die Verbraucher auspressen. In Händen von Konzernen wirft das kolossale Profite ab. Die Strommarktliberalisierung der EU hat die Preisspekulation entfesselt. Nur wollen die Neoliberalen mehr. Ein erster Versuch, Electricité de France vollständig zu privatisieren, scheiterte am Widerstand der Gewerkschaften.

Jetzt macht es Macron andersrum: Er bürdete dem Stromkonzern mit diversen Tricks hohe Milliardenverluste auf. Auch die 14 künftigen EPR-Reaktoren soll der Stromversorger finanzieren. Wird die Schuldenlast zu riesig, kann der Präsident die Electricité de France zerschlagen und die Filetstücke den Konzernen zuhalten. Besonders die mit öffentlichem Geld gebauten AKW, deren Profite dann die Konzerne mästen – ein enormer Raubzug.

Im Hintergrund steht der Deal bereits: So liess der Ölkonzern Total (21,4 Milliarden Gewinn im Jahr 2023) verlauten, er werde gerne ein paar der neuen Reaktoren übernehmen. Natürlich nur, um dem Klima zu helfen.

Eine Liste von Atomunfällen finden Sie hier: rebrand.ly/atomunfaelle.



Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Auswärts arbeiten: Wird mir der Weg angerechnet?

Gemäss meinem Arbeitsvertrag ist mein Arbeitsort in der Stadt Zürich. Ich wohne in der Agglomeration von Zürich. Bisher war es für mich klar, dass mein Arbeitsweg nicht als Arbeitszeit angerechnet wird. Meine Arbeitgeberin hat aber noch eine Zweigstelle in Bern. Weil es dort akuten Personalmangel gibt, muss ich nächsten Monat in Bern arbeiten. Wird mir der längere Arbeitsweg als Arbeitszeit angerechnet?

MYRIAM MUFF: Ja. Zwar gilt der Arbeitsweg grundsätzlich nicht als Arbeitszeit. Eine Ausnahme liegt aber dann vor, wenn Sie Ihre Arbeit ausserhalb des eigentlichen Arbeitsortes zu leisten haben und dadurch die Wegzeit länger als üblich ausfällt. In Ihrem Fall heisst dies, dass Ihnen die Differenz zwischen Ihrer bisherigen Wegzeit und der Wegzeit, die



PENDELN: Der Weg zur Arbeit zählt nur selten zur Arbeitszeit. FOTO: KEYSTONE

Ihnen im nächsten Monat aufgrund Ihres ausserordentlichen Einsatzes in der Zweigstelle Bern entsteht, als Arbeitszeit angerechnet werden muss. Darüber hinaus hat die Arbeitgeberin Ihnen gestützt auf das Obligationenrecht die zusätzlich entstehenden Auslagen zu vergüten (zum Beispiel das Zugticket).

Versprochen: Darf mein Chef mir die Gratifikation kürzen?

Vor gut zwei Jahren habe ich meine derzeitige Stelle angetreten. Aufgrund des Fachkräftemangels hat mir meine Arbeitgeberin eine Gratifikation von 5000 Franken in Aussicht gestellt, wenn ich bis am 31. Dezember 2023 nicht kündige. Dies wurde schriftlich so vereinbart. Ende 2023 habe ich jedoch nur 4000 Franken erhalten, obwohl das Arbeitsverhältnis nach wie vor ungekündigt ist. Als ich meinen Chef darauf ansprach, sagte er mir, dass eine Gratifikation abhängig vom Ermessen des Arbeitgebers sei und es aufgrund des schlechten Geschäftsgangs nicht möglich gewesen sei, mir einen zusätzlichen Monatslohn zu bezahlen. Hat er recht?

MYRIAM MUFF: Nein. Es stimmt zwar, dass eine Gratifikation in einem gewissen Masse vom Willen des Arbeitgebers abhängt. Eine Gratifikation ist eine Sondervergütung, welche die Arbeitgeberin bei bestimmten Anlässen wie Weihnachten oder Abschluss des Geschäftsjahres ausrichtet. Sie zeichnet sich gegenüber dem Lohn dadurch aus, dass sie zusätzlich zum Lohn ausbezahlt und vom Arbeitgeber freiwillig ausgerichtet wird. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn die Höhe der Gratifikation von der Qualität der Arbeitsleistung, dem Geschäftsgang oder von weiteren von der Arbeitgeberin frei bestimmbar Kriterien abhängig gemacht wird. In Ihrem Fall wurde Ihnen für Ihre Firmentreue ein klare Versprechen über einen zum voraus festgesetzten und fest vereinbarten Betrag gemacht – und zwar unabhängig vom Geschäftsgang. Ein im voraus festgesetzter und fest vereinbarter Betrag kann gemäss der Rechtsprechung des Bundesgerichts keine Gratifikation sein. Ihre Arbeitgeberin schuldet Ihnen damit die vereinbarten 5000 Franken bedingungslos. Es handelt sich dabei also um Lohn und nicht um eine Gratifikation im Ermessen der Arbeitgeberin.

Sie haben Ihren Vorsorgeausweis erhalten und verstehen nur Bahnhof?

Wir navigieren Sie durch die

Wir navigieren Sie durch die sen Dschungel

Lesen Sie den Vorsorgeausweis jeweils auch immer sorgfältig durch? Studieren Sie ihn bis ins letzte Detail und verstehen alles? Nein? Damit sind Sie nicht allein! work erklärt, welche Informationen Sie auf dem Ausweis finden.

MARIA KÜNZLI

Der Vorsorgeausweis ist ein Zahlenschengel. Verständlich, dass viele ihn wohl sogar ungesehen in irgendeinen Ordner ablegen. Wie der Vorsorge- oder Pensionskassenausweis daher kommt, wie er aussieht und welche Daten enthalten sind, ist von Pensionskasse zu Pensionskasse unterschiedlich – was auch nicht gerade praktisch ist. Doch ein paar Gemeinsamkeiten gibt es. Sämtliche

Sie finden das, was da ist, und das, was mal da sein wird, wenn Sie pensioniert werden.

Pensionskassen sind per Gesetz dazu verpflichtet, jährlich einen Vorsorgeausweis an die Versicherten zu verschicken. Diese müssen darin über ihre Leistungsansprüche, den versicherten Lohn, den Beitragssatz und das Altersguthaben sowie über die Organisation und die Finanzierung informiert werden. Es gibt Kassen, die sich im Vorsorgeausweis auf diese obligatorischen Informationen beschränken. Andere liefern mehr Angaben, zum Beispiel informieren sie darüber, wie sich eine frühzeitige Pensionierung auf die Rente auswirken würde. Was aber immer im Dokument stehen sollte:

ANGABEN ZUR PERSON. Im Dokument müssen neben den Personalien wie Name, Geburtsdatum und Zivilstand auch Ihre AHV- und Versichertennummer sowie das Datum des Eintritts in die Pensionskasse genannt werden. Es muss mit dem Datum des Eintritts in die Firma übereinstimmen.

ANGABEN ZUM LOHN. Ihre Arbeitgeberin oder Ihr Arbeitgeber meldet der Pensionskasse Ihren Jahreslohn, in der Regel den Bruttolohn. Gemäss Gesetz wird aber

nicht der gesamte gemeldete Jahreslohn in der Pensionskasse obligatorisch versichert, weg fällt der sogenannte Koordinationsabzug. Der Bruttolohn minus den Koordinationsabzug ergibt den versicherten Lohn. Dieser bildet die Grundlage zur Berechnung Ihrer Beiträge und Leistungen. Der BVG-Jahreslohn ist der nach Gesetz zu versichernde Jahreslohn.

ALTERSGUTHABEN. Auf dem Vorsorgeausweis finden Sie zwei wichtige Guthaben: Das, was da ist, und das, was – ungefähr – mal da sein wird, wenn Sie pensioniert werden. Das vorhandene Altersguthaben gilt per Ausstellungsdatum des Ausweises. Es ist die Summe der durch Sie und die Firma geleisteten Sparbeiträge plus Zinsgutschriften. Das sogenannte projizierte oder hochgerechnete Altersguthaben geht vom Stand jetzt aus: Es ist die Summe, die Ihnen zusteht, wenn Sie bis zur ordentlichen Pensionierung den gleichen Lohn erhalten wie jetzt. Das projizierte Altersguthaben wird entweder mit oder ohne Zinsen angegeben. Der dazu verwendete Projektionszinssatz ist nur eine Annahme. Für die Berechnung der Altersrente wiederum ist der Umwandlungssatz massgebend, der sich bis zur Pensionierung ebenfalls verändern kann. Mit diesem wird, vereinfacht ausgedrückt, das Altersguthaben in eine Altersrente umgewandelt. Lange Rede, kurzer Sinn: Die Zahl, die am meisten interessiert, ist nicht mehr als eine Schätzung.

FINANZIERUNG. Die Finanzierung gibt Auskunft darüber, wie hoch Ihr Beitrag an die Personalvorsorge ist. Die Differenz zu den Totalkosten trägt die Firma. Vom gesamten Betrag darf Ihnen höchstens die Hälfte belastet werden, der Rest liegt bei der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber.



VERWIRREND: Es ist nicht gerade einfach, sich als Laie auf dem Vorsorgeausweis zurechtzufinden. Mit unseren Tipps ändert sich das. FOTO: GETTY IMAGES

WORKTIPP

LERNEN MIT MOVENDO

Die Pensionskasse allgemein und das Lesen des jährlichen Vorsorgeausweises sind auch Thema eines Kurses am Weiterbildungsinstitut Movendo. Im Einführungskurs, der offen ist für Gewerkschaftsmitglieder sowie Interessierte, lernen die Teilnehmenden, wie die zweite Säule funktioniert und welche Leistungsarten, Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen es gibt. Der nächste Kurs findet am 28. Mai 2024 im Hotel Ambassador in Bern statt – und es gibt noch wenige freie Plätze.

Infos und Anmeldung: rebrand.ly/movendo-kurs
Alle Kurse: www.movendo.ch

Der Abzug, also die Altersgutschriften, steigt mit dem Alter.

LEISTUNGEN. Falls Sie sterben, erhalten Ihre Ehepartnerin oder Ihr Ehepartner sowie Ihre Kinder von der Pensionskasse eine Rente: Gleichgeschlechtliche eingetragene Partner und Partnerinnen

sowie verheiratete Paare sind hier gleichgestellt. Unter bestimmten Voraussetzungen haben auch Konkubinatspartner und gleichgeschlechtliche nicht eingetragene Lebenspartner Anspruch auf eine Lebenspartnerrente. Auch bei unfall- oder krankheitsbedingter Invalidität erbringt die Pensionskasse eine Rentenleistung.

INFORMATIONEN ZU EINKAUF. Auf Ihrem Vorsorgeausweis finden Sie auch einen Hinweis, ob Sie Ihr persönliches Altersguthaben mit einer Einzahlung erhöhen können, genannt Einkauf. Die Pensionskasse rechnet dabei aus, wie hoch Ihr Altersguthaben wäre, wenn Sie vom frühestmöglichen Zeitpunkt an mit dem jetzigen

Keine Sorge, Sie sind nicht allein!

sen Dschungel

MINIMALGESETZ

OBLIGA... WAS?

Der Vorsorgeausweis enthält Begriffe, die – sofern man nicht vom Fach ist oder sich hobbymässig gern mit sperrigen Wörtern beschäftigt – nicht wirklich verständlich sind. Zwei davon sind der obligatorische und der überobligatorische Teil beim Altersguthaben. Um die Begriffe zu verstehen, muss man wissen, dass das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ein sogenanntes Minimalgesetz ist. Es legt die Leistungen fest, die jede Pensionskasse mindestens erfüllen muss. Dieses Minimum ist der obligatorische Teil. Obligatorisch versichert sind die Löhne zwischen der Eintrittsschwelle und dem oberen Grenzbetrag, zurzeit zwischen 22'050 und 88'200 Franken. Gehen die Leistungen der Vorsorgeeinrichtung darüber hinaus, werden sie überobligatorisch genannt.

GLOSSAR. So gibt es viele verschiedene Pensionskassenmodelle, weil es eine Vielzahl an überobligatorischen Leistungen gibt. Informationen zu den Regelungen Ihrer Pensionskasse liefern der Vorsorgeausweis und das Pensionskassenreglement. Machen Ihnen andere Begriffe Mühe? Vielleicht hilft das Glossar des Bundesamtes für Sozialversicherungen weiter: rebrand.ly/glossar-bsv (mk)

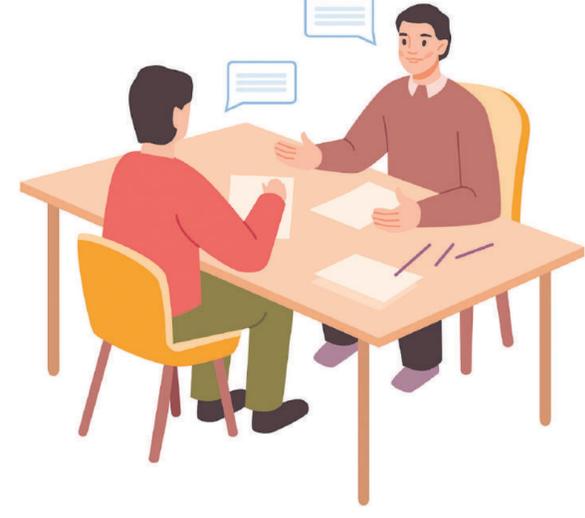
Lohn versichert gewesen wären. Die Differenz zwischen diesem Betrag und dem tatsächlichen Altersguthaben ist die Summe, die Sie maximal einzahlen können, um die Vorsorgelücke zu schlies-

Seien Sie hartnäckig. Schliesslich ist es Ihr Geld, das die Pensionskasse verwaltet!

sen. Vorsorgelücken können zum Beispiel auch bei Pensionskasseneintritt nach dem 25. Lebensjahr, bei einer Scheidung oder einer Auszeit für die Kinderbetreuung entstehen. Der eingekaufte Betrag kann grundsätzlich vom steuerbaren Einkommen abgezogen wer-

den. Je nach Vorsorgeplan werden mit einem Einkauf auch die Leistungen bei Tod und Invalidität erhöht.

IMMER NOCH BAHNHOF? Viele Pensionskassen bieten online Hilfe an, um den Vorsorgeausweis zu verstehen. Hilfreich sind zum Beispiel die Lernvideos von Profond (rebrand.ly/lernvideos-vorsorgeausweis). Falls Sie dennoch Fragen zu Ihrem Vorsorgeausweis haben, melden Sie sich ruhig bei Ihrer Vorsorgeeinrichtung. Denn sie ist verpflichtet, Ihnen vollumfänglich Auskunft zu geben. Fragen Sie nach, seien Sie hartnäckig, bis Ihnen alles klar ist. Schliesslich ist es Ihr Geld, das die Pensionskasse verwaltet!



SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG: Sie sollten sich nicht erst eine Stunde vor dem Jahresgespräch darauf vorbereiten, sondern das ganze Jahr über wichtige Punkte schriftlich festhalten. FOTO: DREAMSTIME

Eine Anleitung, wie das Gespräch mit der Chefin mehr wird als ein lästiger Pflichttermin

Jahresgespräche: Vorbereitung ist alles!

Sind Jahresgespräche mit der Chefin oder dem Chef ein Graus? Empfinden Sie sie als Alibitüchtel? Das muss nicht sein. work erklärt, wie Sie für sich das Beste aus dem Gespräch herausholen.

MARIA KÜNZLI

Für viele Mitarbeitende und auch für viele Vorgesetzte ist das meist jährlich stattfindende Mitarbeitendengespräch eine lästige Pflicht. Man sitzt zusammen, spricht über erfüllte oder unerfüllte Ziele, über Stärken und Schwächen, und am Ende bleibt alles, wie es war. Oder Sie sind völlig perplex über die vorgebrachte Kritik und ärgern sich dann später, nicht besser gekontert zu haben. Deshalb ist es wichtig, sich gut auf das Jah-

resgespräch vorzubereiten – und das am besten nicht erst eine Stunde vorher! So geht's:

ZIELE FORMULIEREN. Bewahren Sie die Protokolle der Jahresgespräche unbedingt auf! Vor dem nächsten Termin nehmen Sie sie wieder hervor. Welche Ziele wurden beim letzten Mal formuliert? Konnten Sie sie erfüllen? Wenn nicht, warum nicht? Vielleicht waren die Ziele zu unrealistisch oder zu hoch gesteckt? Überlegen Sie sich, welche neuen Ziele Sie Ihrer Chefin oder Ihrem Chef vorschlagen könnten. Und halten Sie Argumente parat: Warum sind Ihre Ziele sinnvoll? Was bringt es der Firma, wenn Sie diese erreichen? Wichtig ist, dass Ziele immer konkret, erreichbar und überprüfbar sind.

resgespräch vorzubereiten – und das am besten nicht erst eine Stunde vorher! So geht's:

BEWEISE SAMMELN. Kennen Sie das? Sie werden gefragt, was Ihnen im vergangenen Jahr besonders gelungen ist, und stehen am Berg: Es kommt Ihnen einfach kein konkretes Beispiel in den Sinn, obwohl Sie wissen, dass Sie gute Arbeit geleistet haben. Das passiert Ihnen nicht, wenn Sie «Beweise» sammeln: **Ziele müssen immer konkret, erreichbar und überprüfbar sein.**

Halten Sie schon während des Jahres Situationen schriftlich fest, die Sie gut gemeistert haben, Erfolge, auf die Sie stolz sind. Überlegen Sie sich, welche Noten Sie sich selbst für Ihre Leistung geben würden. Unterscheiden sich Ihre Selbstbeurteilung stark von jener Ihrer Vor-

gesetzten? Dann haken Sie im Gespräch nach: Verlangen Sie eine genaue Begründung und konkrete Beispiele.

KRITIK VORAUSSEHEN. Welche Kritikpunkte könnte die Chefin im Jahresgespräch vorbringen? Überlegen Sie sich, wie Sie darauf reagieren wollen. Am besten halten Sie konkrete Vorschläge bereit, wie Sie Fehler in Zukunft vermeiden können. Das kommt besser an als blosser Rechtfertigungen. Ist Ihnen die vorgebrachte Kritik völlig neu, fragen Sie nach Beispielen. Sagt Ihnen der Chef, dass sich jemand im Team über Sie beschwert habe, verlangen Sie konkrete Informationen. Sie können auch vorschlagen, diesen Punkt zu vertagen und sich zu dritt zusammensetzen.

Das gibt Ihnen Zeit, über die Kritik nachzudenken und sich auf das Gespräch vorzubereiten.

ZUKUNFT PLANEN. Überlegen Sie sich vor dem Jahresgespräch: Was möchten Sie in der Firma noch erreichen? Reizt Sie etwa eine Führungsposition? Oder möchten Sie eine Weiterbildung machen? Überlegen Sie sich, wo Sie im Betrieb Verbesserungsbefähigung sehen, und machen Sie konkrete Lösungsvorschläge. Vielleicht ergibt es Sinn, dafür eine Arbeitsgruppe zu bilden? Auch wenn Ihre Wünsche wohl nicht alle erfüllt werden können, sind sie dann zumindest im Gesprächsprotokoll festgehalten, und Sie können zu einem späteren Zeitpunkt darauf zurückkommen.

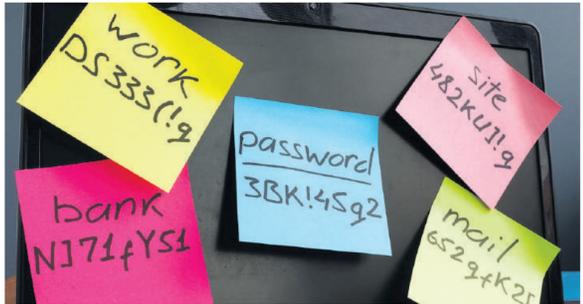
WORK-TIPP

MEHR LOHN

Ist bei Ihnen mal wieder eine Lohnerhöhung fällig? Das Mitarbeitendengespräch ist nicht immer der richtige Zeitpunkt, um mehr Lohn zu verlangen. Denn oft heisst es dann: «Das Budget für dieses Jahr ist schon gemacht, eine Lohnerhöhung liegt nicht drin.» Sie können das Thema gut auch unter dem Jahr auf den Tisch bringen, zum Beispiel nach einem Funktionswechsel, nach einer Weiterbildung oder einem erfolgreichen Projektabschluss. Weitere Tipps zur Lohnverhandlung, auch bei einer Neuanstellung: rebrand.ly/lohnverhandlung

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



KEINE GUTE IDEE: Ihre Passwörter sollten Sie nicht so aufbewahren, dafür gibt es Programme, die deutlich sicherer sind. FOTO: ISTOCK

So bewahren Sie Ihre Passwörter sicher auf

Passwortmanager wie zum Beispiel «KeepassXC» sind praktisch. In diesen Programmen lassen sich alle Passwörter für die Anmeldung auf Internetseiten speichern. Die Passwörter sind mit einem Hauptpasswort – oft auch Masterpasswort genannt – vor fremden Blicken geschützt. Dieses Hauptpasswort muss aber besonders sicher sein. Es sollte aus Gross- und Kleinbuchstaben, Zahlen sowie Sonderzeichen bestehen und mindestens 15 Zeichen lang sein. Komplexe Passwörter braucht es, weil Hacker mit ihren Programmen einfache Namen, Begriffe oder Zahlenfolgen innert weniger Sekunden knacken können.

GUTE BEISPIELE. Wichtig: Formulieren Sie das Masterpasswort mit Bedacht. Denn wenn Sie es vergessen, kommen Sie an kein einziges im Manager gespeichertes Passwort mehr heran. Es sollte auch nirgendwo auf dem Computer gespeichert sein. Das Merken geht leichter, wenn man zum Beispiel die Anfangsbuchstaben von einprägsamen Sätzen verwendet. Ein Beispiel: Die Sätze «Im Jahr 2021 war ich in den Sommerferien in Spanien. Es war viel zu heiss» ergeben das Passwort «IJ2021wiidSiS.Ewvzh». Eine andere Möglichkeit sind sogenannte Passphrasen – also unzusammenhängende Abfolgen von Wörtern. Sie sollten aber keine Sätze wählen, die Hacker erraten könnten. Auch keine berühmten Sätze aus der Literatur. Besser ist es, etwa die Einrichtung im Wohnzimmer aufzuzählen: «Sofa Bücher-gestell Tisch Vase Stuhl Bild Aquarium Zeitungsständer Fernseher Lautsprecher Stereoanlage». Passphrasen sollten mindestens 25 Zeichen lang sein. MARC MAIR-NOACK

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Muss ich alle Fächer besuchen?

Ich habe vor kurzem die Fachmittelschule abgeschlossen und werde nun eine Lehre als Drogistin beginnen. Kann ich mich in der Berufsschule von bestimmten Fächern dispensieren lassen?

« Ja. Wenn du bereits ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ), eine gymnasiale Maturität, das Diplom einer Fachmittelschule oder eine gewisse Berufserfahrung hast, ist es möglich, dich während deiner beruflichen Ausbildung als Drogistin von gewissen Kursen dispensieren zu lassen.

ABSPRACHE. Dazu musst du das Einverständnis deines Lehrbetriebs einholen. Dann kannst du beim Amt für Berufsbildung einen Antrag stellen.

Diese Entscheidung wird vom Amt für Berufsbildung getroffen und hängt somit vom jeweiligen Kanton ab. Es ist wichtig, dass du das konkrete Vorgehen mit deiner Berufsschule und deinem Lehrbetrieb absprichst, um sicherzustellen, dass du die richtigen Schritte einleitest. In manchen Fällen kannst du auch beantragen, deine Ausbildung zu verkürzen und direkt im zweiten Lehrjahr einzusteiigen.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch.



Félícia Fasel,
Jugendsekretärin.

workrätsel Gewinnen Sie 200 Franken Reka-Card-Guthaben!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Cards: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.
www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 2
Das Lösungswort lautete: **SOZIALBAU**



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: René Baumgartner, Basel.
Herzlichen Glückwunsch!

ge-schlossen	dt. Land-schaft	Jugend-licher (Kw.)	uner-wünsch-te Pflan-zen	poln. Name der Oder	Jazzstil der 30er	Doppel-vokal	weibl. Zauber-wesen Mz.	Luzerner Fuss-ballclub	Dasein, Existenz	ind. Lehr-system	span. Ausruf	Augen-blick, im ...
4				Kartof-felbehäl-ter Mz.					Laut, Klang			
Bauern-... vor 500 Jahren	Furcht	ein Vor-name v. Händel †	Revolte, Aufruhr					öster. Bundes-land	Leicht-metall (Kw.)		3	
Teilge-biet der Mathe-matik					Wasser-vögel	gego-renes Milch-produnkt		Dresch-platz				balt. Osteuro-päerin
9			ostfrz. Gross-stadt	weibl. Nach-komme					engl. Flächen-mass Mz.			enthalt-same Frau
Gold-gewicht Mz.	Berüh-rungs-verbote	d. Boden Nähr-stoffe zuführen						brit. Hoch-adlige	bunte Papa-geien			
Zwist, Konflikt				schweiz. Fuss-baller (Josip)	früh. Steuer-abgabe		Nylon, Nazis, Napalm; ... über Ems					
Zeitraum von 24 Stunden		Edelgas	Laut-stärke-mass						2	Helfer aus der Not	Abk.: künstli-che Intel-ligenz	
fristlos entlas-sen	Laub-baum-frucht	Werkzg. z. Metall-bearbei-tung					Hotel-hallen	Ansprach-en				
			erfolg-reiche Schla-ger	Geliebter der Julia		Gebäu-dever-zierung				engl. Kose-wort für Vater		Dick-blatt-pflanze
		betagte Men-schen	dumm, ohne Verstand					Form des Aus-drucks		Licht-bild (Kw.)		
internat. Ski-verband	gelb-roter Farbton					Wende-ruf beim Segeln		starkes Seil				
sichere Grund-lage	1		sächl. Fürwort	schweiz. Partei	Über-bleibsel Mz.					männl. Fürwort		Initialen e. frz. Filmidols der 60er
Ausser-irdische (engl.)	Anti-Faschis-mus: ... Krawall von 1934						West-europäer				Abk.: Bundes-verfas-sung	
			längster Fluss Italiens		Pferde-ver-wandter					Krähen-vogel		

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 15. März 2024

INSERAT

Augen auf!
Kampagne gegen sexuelle Belästigung im Gastgewerbe
Mein Körper ist nicht dein Bier!

Bestelle die Kleber, mach Diskriminierung und sexuelle Belästigung sichtbar.



WORKLESERFOTO



Akrobatisch

WANN 18. Februar 2024

WO Haslen AI

WAS Neugierige Katze im Appenzellischen

Eingesandt von Urs Oskar Keller, Landschlacht am Bodensee TG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



REAKTIONEN ZUM VOLKS-JA FÜR EINE 13. AHV-RENTE

Grosser Dank an alle!

Ja, es ist geschafft! Herzlichen Dank dem Gewerkschaftsbund, den Gewerkschaften, der SP, den Grünen, allen Befürwortern, allen, die Ja gestimmt haben.

ELISABETH GRÄDEL, VIA FACEBOOK

Kämpfen lohnt sich

Die Gewerkschaften haben es in diesem Land nicht leicht, wenn es darum geht, Verbesserungen für die sogenannten einfachen Menschen durchzusetzen. Umso wichtiger ist der Erfolg für die 13. AHV-Rente. Für uns zeigt es auch, wie viel wir «Kleine» erreichen können, wenn wir zusammenstehen. Hunderte von Kolleginnen und Kollegen haben auf der Strasse, am Arbeitsplatz, in Versammlungen und im Familien- und Freundeskreis über die Initiative aufgeklärt. Das war

sicher nicht immer einfach oder bequem, aber es hat sich gelohnt. Das Ja vom 3. März zeigt auch, dass wir, wenn wir zusammenstehen, auch gegen die Millionen von den Banken und Versicherungen eine Chance haben und auch gegen die Mehrheit der Zeitungen im Land. Wie gross unser gemeinsam erkämpfter Erfolg ist, sieht man auch daran, wie die Verlierer jetzt in den Medien rumhässeln. Lassen wir uns davon nicht einschüchtern und kämpfen wir weiter dafür, dass allen, die hart arbeiten oder hart gearbeitet haben, mehr im Portemonnaie bleibt.

MAJA UND ERNST TANNER, VIA E-MAIL

Makrosteuer ist die Lösung

Der K(r)ampf für eine soziale Schweiz geht in eine neue Runde. Während die Bürgerlichen, mit Unterstützung von Wirtschaft, Banken und Versicherungen, mit ihrer neoliberalen Politik den sozialen Frieden aufs Spiel setzen, muss das Schweizer Volk endlich

aufwachen! Statt Jung gegen Alt, Arm gegen Reich, Einheimische gegen Ausländer auszuspielen, wie es die Bürgerlichen machen, müssen wir zusammenstehen, um den Generationenvertrag und den sozialen Frieden zu sichern. Wir haben bessere Argumente. Deshalb ist nach den Abstimmungen vom Wochenende vor der politischen Arbeit zur Sicherung des Generationenvertrags! Was ist zu tun? Erstens endlich den in der Verfassung verankerten Grundsatz zur AHV umsetzen und die AHV existenzsichernd ausgestalten. Ist das geschafft, geht es zweitens darum, den Generationenvertrag zu erneuern und die AHV mit einer neuen Zusatzfinanzierung zu sichern. Diese Zusatzfinanzierung muss sozialverträglich und der heutigen Zeit angepasst sein. Mit der Makrosteuer auf Finanztransaktionen können beide Forderungen erfüllt und der Generationenvertrag auf eine solide Basis gestellt werden. Also, liebe Volksvertreterinnen und -vertreter, macht euch an die Arbeit und sichert auch künftigen Generationen die verdiente Rente und soziale Sicherheit.

ALEX MULHEIM, VIA FACEBOOK

WORKZEITUNG.CH / 1.3.2024: «MÄDCHEN ZU HARTER ARBEIT GEZWUNGEN»

Die Bonzen sollen zahlen

Gerade bei solchen Vorkommnissen wäre es wichtig für die Glaubwürdigkeit einer Aufarbeitung, jeden Rappen mit Zinseszins von den Bonzen zu holen, die von diesen Verhältnissen profitiert haben.

M42RED, VIA INSTAGRAM

WORKZEITUNG.CH / 28.2.2024: «SIE SAGEN: FÜR DIE IM HOMEOFFICE. UND MEINEN: FÜR ALLE!»

Gegenvorschlag

Wenn schon, dann sollte den Arbeitgebern vorgeschrieben werden, dass sie mindestens drei Tage Homeoffice (Mo-Fr) erlauben müssen. Dadurch könnte man das unsinnige Pendeln reduzieren und die überzähligen Gewerbeliegenschaften zu Wohnungen umbauen.

MAT WOLGE, VIA FACEBOOK

KOLUMNEN VON JEAN ZIEGLER

Lesenswert

Ich bleibe stets bei der Kolumne von Jean Ziegler hängen. Ich finde sie immer lesenswert und aufschlussreich, vor allem jene Kolumnen in letzter Zeit, da Ziegler die Untätigkeit von Bundesrat Ignazio Cassis kritisierte, weil er nie konsequent auch von der israelischen Regierung verlangte, die Genfer Konvention und die Menschenrechte zu respektieren in ihrem Krieg gegen die Hamas im Gaza-Streifen, aber auch gegen die Übergriffe der Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland. Die israelische Armee, die dort gegenwärtig ist, schaut zu und schützt die dort ansässigen palästinensischen Familien und Kinder in keiner Weise.

BEAT ALLENBACH, TORRICELLA TI

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@workzeitung.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



YOSHIKO KUSANO REITHALLE UND BERGE

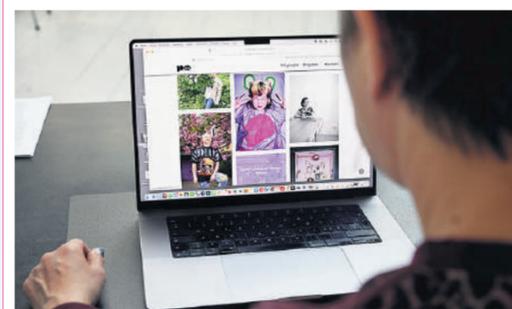
Yoshiko Kusano lebt mit ihrem Mann, der eine Weinhandlung führt, und ihren zwei Kindern in der Stadt Bern. Kusano begleitet ihre 13jährige Tochter häufig an Tennis-Matches und den 16jährigen Sohn manchmal zu den Skirennen des Jugendkaders in die Berge. Die sportliche Begeisterung der Kinder sei aber eher auf den Vater zurückzuführen. Kusano liebt mehr Kultur und das Theater und die alternative Kultur, zum Beispiel im Schlachthaus-Theater, der Dampfzentrale und der Reithalle.

WER KOCHT DENN DA?

Aktuell arbeitet Kusano an einem Buch des Rotpunktverlages zum Thema Care-Arbeit: Wer kocht, putzt und tröstet denn da? Im Rahmen dieses Projekts besucht sie acht Haushalte und zeigt unterschiedliche Lebensmodelle und ihre Arbeitsaufteilung. Zu Hause gebe es oft auch ein «Gschtürm» wegen der Hausarbeit. Die Wäsche und das Kochen übernehme immer noch mehrheitlich sie selbst. Der Vater kümmere sich mehr um die Ausbildung der Kinder.

FOTOGRAFIN FÜR WORK.

Als sie Pressefotografin wurde, brauchte sie einen Presseausweis und wurde deshalb Mitglied bei Impresum, dem Berufsverband der Medienschaffenden der Schweiz. Kürzlich habe sie herausgefunden, dass ihr Vater, der aus Japan stammt, und früher am Theater als Bühnentechniker arbeitete, Mitglied bei der Unia ist. Wenn er die workzeitung liest, kann er da immer wieder mal Fotos von Yoshiko Kusano entdecken.



WICHTIGE ARBEITSGERÄTE: Die Kamera und der Computer sind Kusanos tägliche Begleiter bei der Arbeit.

Kusano. Die schwierigere Situation für Fotografinnen und Fotografen habe natürlich auch mit dem Niedergang der Zeitungen zu tun. Die Verlage würden immer weniger zahlen. Social Media und die Handyfotografie hätten auch dazu geführt, dass das professionelle Fotografieren im öffentlichen Raum viel schwieriger geworden sei. «Das Bild hat heute viel weniger Wert, und der Schutz der Privatsphäre wird immer wichtiger», sagt Kusano.

DAS FEMINISTISCHEAUGE. Kusano hat einen Instagram-Account, den sie vor allem zur Publikation von witzigen Fotos und für das Fotografinnen-Netzwerk «Purple Eye» nutzt. Im Jahr 2019 startete Kusano einen Aufruf unter Arbeitskolleginnen zur Dokumentation des Frauenstreiks. Die Idee war, dass möglichst viele Fotografinnen aus der ganzen Schweiz den Tag fotografieren und ihre Arbeit sichtbar machen. «Wir hatten dann die grösste Bildersammlung des Streiks und haben am Anfang der Pandemie ein Buch mit den besten Bildern des Streiks publiziert.» Inzwischen hat sich «Purple Eye» von einem losen Netzwerk zu einem Verein weiterentwickelt. «Ich habe in dieser Zeit auch viel über genderinklusive Sprache und Queerness gelernt», sagt Kusano. Denn Rassismus und Sexismus seien auch in linken Kreisen ein Problem, und der bewusste Umgang mit Bildern und Sprache helfe, verschiedene Diskriminierungsformen zu erkennen.

TAG DER FRAU ALS FEIERTAG. Kurz nachdem sich Kusano vor 16 Jahren selbständig machte, wurde sie Mutter. «Als ich die Kinder hatte, bekam ich plötzlich weniger Aufträge», sagt sie. Das seien für sie beruflich sehr schwierige Jahre gewesen, und es habe sie «hässig» gemacht, dass sie von manchen Kunden einfach nicht mehr angefragt worden sei. «Unsere Kinder waren ab vier Monaten in der Kita, und ich war flexibel», aber da habe sich trotzdem etwas verändert. Heute kann sich Kusano monatlich einen Lohn von etwa 5000 Franken auszahlen, mit dem sie auch die Miete des Ateliers und die Spesen zahlen muss.

Am 8. März hat sie ihren nächsten Auftrag im Bundeshaus. Auf Einladung von Ständeratspräsidentin Eva Herzog sind 300 Frauen ins Bundeshaus eingeladen. Da kommen Politikerinnen und Frauen aus der Wirtschaft und der Kultur zum Tag der Frau zusammen. Kusano wird diesen Tag dokumentieren, die Stimmung, die Reden und die Energie der Frauen einfangen. Damit will auch sie einen Beitrag leisten, dass Gleichberechtigung auf Augenhöhe dokumentiert wird und der Tag der Frau in der Schweiz zu einem Feiertag wird.

Fotografin Yoshiko Kusano (52) ist vielseitig beschäftigt Im Bundeshaus oder im Bordell unterwegs

Seit 25 Jahren spürt Yoshiko Kusano als Fotografin den Puls der Zeit. In ihrer Arbeit fängt sie die visuellen Spannungen des Moments und die tiefergehenden gesellschaftlichen Veränderungen ein.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS ANNETTE BOUTELLIER

Am Ufer der Aare, am Fuss der Berner Altstadt, scheint die Zeit in einer anderen Geschwindigkeit zu fließen. Hier teilt die 52jährige Yoshiko Kusano ihr Atelier mit einer befreundeten Fotografin. «Früher waren hier Schreiner-Lehrlinge, aber seit über 24 Jahren können wir diesen Raum als Fotoatelier nutzen», schwärmt Kusano von ihrem Atelier mit Holzboden und natürlichem Oberlicht. Hier entstehen die Ideen für Kusanos Fotoprojekte, und hier fügt sie ihre Bilder zu Geschichten zusammen. Als freischaffende Fotografin konnte Kusano in den letzten Jahren verschiedene Bücher

publizieren, über den Frauenstreik 2019, Sexarbeiterinnen oder auch über die Strafanstalt Hindelbank. Das gute Foto sei auch oft eine Frage der Vorbereitung: «Ich überlege mir: was ist der richtige Moment, was ist das richtige Sujet?»

VON GEGENSTÄNDEN ZU MENSCHEN. «Das Schönste an meinem Beruf ist, dass ich an Orte und zu Menschen gelange, zu denen ich sonst keinen Zugang hätte», sagt Kusano über ihren Job. Nach ihrer Zeit als Mitarbeiterin in der Notschlafstelle, als Köchin und als Bewohnerin der alternativen Berner Wohnsiedlung Zaffaraya machte Kusano im Alter von 25 Jahren eine Lehre zur Fotografin.

«Damals arbeitete ich für einen Werbefotografen, wir fotografierten fast ausschliesslich Gegenstände im Studio», sagt sie über ihre Lehrzeit. Aber für sie war schon damals klar, dass sie nach der Lehre

keine Werbekataloge machen, sondern als Pressefotografin arbeiten wollte.

URGESTEIN IM BUNDESHAUS. Ab dem Jahr 2000 konnte sie für die Fotoagentur Keystone die Politikerinnen und Politiker im Bundeshaus ablichten. «Inzwischen bin ich länger dort als der amtsälteste Nationalrat, der Gerhard Pfister.» Sie sei damals eine der wenigen Frauen gewesen, und auch heute noch sei die Pressefotografie ein männerdominierter Beruf. Man müsse permanent verfügbar sein, oft am Abend und am Wochenende arbeiten. Zudem seien Sportereignisse sehr wichtig, und es sei auch körperlich anstrengend.

Im Bundeshaus hat Kusano zu Beginn ihrer Laufbahn noch selber Filme entwickelt und mit der Pressefotografie gutes Geld verdient. «Heute ist die Fotografie ein Massenprodukt, und viele haben das Gefühl, dass sie es auch selbst könnten», sagt

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer: Hans Baumann, Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.